

EUROPA 2020

DIE ZUKUNFTSSTRATEGIE DER EU

Fakten und Trends zu Deutschland und den anderen EU-Mitgliedstaaten



Statistisches Bundesamt

Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Autorin

Johanna Mischke

Redaktion & Gestaltung

Statistisches Bundesamt

Die Broschüre wurde von Eurostat, dem
Statistischen Amt der Europäischen Union, finanziert.

Erschienen im Mai 2013

Bestellnummer: 0000149-13900-1

Fotorechte

Titelseite © iStockphoto.com / Bertlmann

Seite 8 © European Union 2012 - EP Jozsef

ANTALL building: © Atelier de

Genvall- Cerau - M. Van Campenhout,

- Tractebel dev s.a. et ing

Seite 13 © cocaline / photocase.com

Seite 15 © Thomas Trutschel / photothek.net

Seite 16 © BMU / Christoph Edelhoff

Seite 19 © jacek_kadaj - Fotolia.com

Seite 21 © eben / photocase.com

Seite 23 © Credit © European Union, 2013

Seite 25 © BMU / Bernd Müller

Seite 29 © BMU / Brigitte Hiss

Seite 33 © Judywie / photocase.com

Seite 35 © Image Source / F1online

Seite 37 © simosg / photocase.com

Seite 41 © ChriSes / photocase.com

Seite 45 © purepeter / photocase.com

Seite 47 © iStockphoto.com /

isabel tiessen pastor

Seite 49 © ts-grafik.de / photocase.com

Seite 53 © leicagirl / photocase.com

Seite 55 © Pitopia, Wajopi, 2006

Gedruckt auf RecyStar Polar aus 100 % Altpapier, zertifiziert mit dem Blauen Engel.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit	4	
Vorwort	5	
Europa 2020 Das Konzept		
<hr/>		
Überblick	6	
Kernziele – Leitindikatoren – Leitinitiativen	7	
Akteure – Instrumente	10	
Die Rolle Eurostats	11	
Europa 2020 Stand der Umsetzung		
<hr/>		
Kernziel 1	Beschäftigung fördern	12
Kernziel 2	Forschungsbedingungen verbessern	16
Kernziel 3	Umwelt schonen	20
Kernziel 4	Bildungsgrad erhöhen	32
Kernziel 5	Armut und soziale Ausgrenzung verringern	40
<hr/>		
Daten auf einen Blick	56	
Glossar	58	
Datenquelle	60	

Dr. Philipp Rösler Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Im Sommer 2010 hat der Europäische Rat die Wachstumsstrategie Europa 2020 beschlossen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben damit ein klares Signal für Reformen gesetzt, um europaweite Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern.

Deutschland gestaltet diesen Weg aktiv mit. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, dass Europa die Wirtschafts- und Finanzkrise rasch überwindet und gestärkt daraus hervorgeht. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt deutlich: Mutige Strukturveränderungen in den Mitgliedstaaten sind dafür ebenso unverzichtbar wie eine konsequente und transparente Überwachung der Fortschritte. Deshalb ist ein zentrales Anliegen der deutschen Wirtschaftspolitik, die gemeinsame Reformagenda mit Leben zu füllen und konsequent fortzuschreiben.

Im Mittelpunkt von Europa 2020 stehen fünf europaweite quantifizierte Kernziele in den

Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Umwelt und Energie, Bildung und Soziales. Ergänzend dazu haben die einzelnen Mitgliedstaaten selbst Unterziele formuliert, die den nationalen Besonderheiten Rechnung tragen. Mit den quantifizierten Zielen geht einher, dass jetzt messbar wird, welche Fortschritte jeder Mitgliedstaat und Europa insgesamt auf diesem Weg machen. Für diesen Ansatz musste zunächst einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden – auch in Deutschland. Aber auch wenn jede Statistik die Wirklichkeit vereinfacht darstellt und politisch zu bewerten ist – letztlich überwogen die Argumente für konzentrierte, messbare Zielgrößen und eine transparente Wachstumsstrategie. Solche Indikatoren können zumindest ein Ausgangspunkt sein, um die Wirksamkeit der jeweiligen Politiken sichtbar zu machen und weitere Reformen anzustoßen. Die aktuellen Indikatoren zeigen dabei: Deutschland ist bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele auf einem guten Weg.

Um Stabilität und Wachstum in ganz Europa zu ermöglichen, brauchen wir neben ehrgeizigen Zielsetzungen zugleich eine effektive wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten. Deshalb war es ein zentrales Anliegen,

parallel zur neuen Europa 2020-Strategie auch eine neue europäische Governance-Struktur zu entwickeln. Mit dem Europäischen Semester, dem Verfahren zur Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte und dem Fiskalpakt haben wir das wirtschafts- und finanzpolitische Regelwerk in den letzten Jahren erfolgreich auf eine neue Grundlage gestellt. Das stärkt die Transparenz und ermöglicht eine frühzeitige Diskussion und Abstimmung der mitgliedstaatlichen Politikansätze. Jetzt kommt es darauf an, dass Kommission und Mitgliedstaaten die vereinbarten Regeln auch konsequent anwenden und die europäische Reformagenda so gemeinsam zum Erfolg führen. Dafür setzen wir uns weiter ein.

Ihr



Philipp Rösler

Roderich Egeler Präsident des Statistischen Bundesamtes

In der Europa 2020-Strategie, mit der die EU-Staaten Beschäftigung und Wachstum in der EU bis 2020 fördern wollen, wurden politische Ziele vereinbart, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. Drei Jahre nachdem die Europa 2020-Strategie von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossen wurde, nehmen wir den Europatag 2013 zum Anlass, eine Bilanz der statistischen Messzahlen zu präsentieren: In welchen Bereichen sind Fortschritte zu verzeichnen? Wo besteht noch Nachholbedarf? Und wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Erreichbarkeit der Europa 2020-Ziele aus?

Ob Geburtenzahlen, Steuereinnahmen, Verkehrsaufkommen oder Beschäftigungsentwicklung: Amtliche Statistiken bilden die Basis für viele weitreichende politische Entscheidungen.

In den letzten Jahren ist ein Trend in der Politik festzustellen, der sich auf die Präsenz der amtlichen Statistik in der öffentlichen

Wahrnehmung auswirkt. So knüpft die Politik ihre Programme zunehmend an konkrete messbare Ziele, die in Form statistischer Indikatorensets erfasst und transparent gemacht werden. Diese Entwicklung zeigt sich nicht nur auf nationaler Ebene. Im Rahmen der europäischen Integration und der stärkeren Verflechtung der Nationalstaaten werden vergleichbare statistische Informationen benötigt. Beispiele für die politische Relevanz von Statistik auf EU-Ebene sind die Maastricht-Kriterien, die das Funktionieren der Eurozone garantieren sollen, aber auch der Indikatorenansatz zur Nachhaltigkeit in der Europäischen Union. Die vorliegende Broschüre „Europa 2020 – Die Zukunftsstrategie der EU“ gibt daher nicht nur einen Überblick über Fakten und Trends der Europa 2020-Strategie in Deutschland, sondern öffnet auch den Blick auf die Situation in den anderen EU-Staaten.



Roderich Egeler

Europa 2020 ist die für das laufende Jahrzehnt angelegte Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie der Europäischen Union. Sie wurde am 17. Juni 2010 vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs beschlossen. Mit Europa 2020 sollen einerseits die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt werden, unter der viele EU-Staaten leiden. Noch viel mehr aber geht es darum, die Grundlagen für eine längerfristig orientierte, andere Art des Wachstums zu schaffen – ein Wachstum, das intelligent, nachhaltig und integrativ ist:

- **Intelligentes Wachstum** | Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft
- **Nachhaltiges Wachstum** | Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft
- **Integratives Wachstum** | Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt

Mit Europa 2020 erfährt die Politik eine Neuausrichtung – weg von der Krisenbewältigung, hin zu mittel- und längerfristig angelegten Reformen, die Wachstum und Beschäftigung fördern und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten sollen.

Von der Lissabon-Strategie zu Europa 2020

Europa 2020 baut auf den Erfahrungen der vorhergehenden Lissabon-Strategie auf: Diese verfolgte zwischen 2000 und 2010 das Ziel, Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Innovationsfähigkeit im EU-Wirtschaftsraum zu erhöhen. Die Ziele beider Strategien weisen somit Parallelen auf. Neu an Europa 2020 ist jedoch die Festlegung quantifizierter Kernziele. Deren Umsetzung soll zudem viel konsequenter überwacht werden als die Zielsetzungen der Lissabon-Strategie. Neu ist ferner die sehr viel engere wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen den EU-Staaten. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zuletzt viele strukturelle Probleme in den EU-Mitgliedstaaten offenbart und deutlich gemacht, wie abhängig die Volkswirtschaften voneinander sind.

Kernziele – Leitindikatoren

Um ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sicherzustellen, haben sich die EU-Staaten fünf Kernziele gesetzt, die sie bis zum Jahr 2020 erreichen möchten.

Die Fortschritte beim Erreichen dieser fünf Kernziele sollen anhand von acht Leitindikatoren und drei Subindikatoren gemessen werden. Für die Leitindikatoren wurden EU-weit folgende Zielmarken beschlossen:

Ziel 1 Beschäftigung fördern

- 75 % der EU-Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren sollen erwerbstätig sein.

Ziel 2 Forschungsbedingungen verbessern

- Die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen insgesamt 3 % des BIP der EU-Staaten erreichen.

Ziel 3 Umwelt schonen

- Die Treibhausgasemissionen der EU sollen um mindestens 20 % im Vergleich zu 1990 sinken, unter bestimmten Voraussetzungen sogar um 30 %.
- Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch der EU soll auf 20 % steigen.
- Die Energieeffizienz soll EU-weit im Vergleich zu 2005 um 20 % verbessert werden.

Ziel 4 Bildungsgrad erhöhen

- Der Anteil der frühen Schulabgänger in der EU soll auf 10 % reduziert werden.
- Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügen, soll auf 40 % steigen.

Ziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern

- Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen soll EU-weit bis 2020 um mindestens 20 Mill. sinken. Wer von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen ist, wird auf Basis der drei Subindikatoren „Erhebliche materielle Entbehrung“, „Armutsgefährdung“ und „sehr geringfügige Erwerbstätigkeit“ definiert.

Kernziele – Leitindikatoren

Europa 2020 in den Mitgliedstaaten

Um die EU-weiten Zielmarken für die acht Leitindikatoren zu erreichen, wurden individuelle nationale Zielwerte mit den einzelnen Mitgliedstaaten vereinbart. Je nach Ausgangssituation und den Gegebenheiten der Länder können die nationalen Zielwerte über oder unter der EU-weiten Zielmarke liegen.

Deutschland hat sich neben den Europa 2020-Zielmarken einige weitere, ausschließlich national geltende Ziele gesetzt. Diese sind, ebenso wie die Europa 2020-Ziele, im Nationalen Reformprogramm der Bundesregierung festgeschrieben, das unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erarbeitet wird.

Einige der nationalen Europa 2020-Ziele für Deutschland sind auch Teil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Allerdings weicht die Definition der Indikatoren teilweise leicht voneinander ab.



Leitinitiativen

Im Rahmen der Europa 2020-Strategie wurden neben den fünf Kernzielen und den dazugehörigen acht messbaren Leitindikatoren auch sieben so genannte Leitinitiativen aufgestellt, die den drei Wachstumszielen (intelligent, nachhaltig, integrativ) zugeordnet sind.

Intelligentes Wachstum

Digitale Agenda für Europa | Ziele

- Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste
- Stärkere Nutzung der Vorteile eines digitalen Binnenmarktes für Haushalte und Unternehmen

Innovationsunion | Ziel

- Verbesserung der Rahmenbedingungen und des Zugangs zu Finanzmitteln für Forschung und Innovation

Jugend in Bewegung | Ziel

- Schaffung leistungsfähigerer Bildungssysteme, die Jugendlichen den Eintritt in den Arbeitsmarkt erleichtern

Nachhaltiges Wachstum

Ressourcenschonendes Europa | Ziele

- Stärkere Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch
- Unterstützung des Übergangs zu einer emissionsarmen Wirtschaft
- Nutzung erneuerbarer Energieträger
- Förderung der Energieeffizienz
- Modernisierung des Verkehrswesens

Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung | Ziele

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für kleinere und mittlere
- Förderung einer international wettbewerbsfähigen, starken und tragfähigen Industriestruktur

Integratives Wachstum

Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten | Ziele

- Modernisierung der Arbeitsmärkte
- Schaffung neuer Möglichkeiten zum lebenslangen Erwerb von Qualifikationen
- Bessere Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt u. a. durch höhere Arbeitsmobilität

Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut | Ziel

- Sicherung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, damit die Vorteile von Wachstum und Beschäftigung allen zugutekommen und Menschen, die unter Armut oder sozialer Ausgrenzung leiden, in Würde leben und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können.

Akteure – Instrumente

Ausschlaggebend für die erfolgreiche Umsetzung der Europa 2020-Strategie sind effiziente Kontrollmechanismen sowie ein koordiniertes Handeln aller Akteure auf europäischer und nationaler Ebene.

Akteure

Zu den wichtigsten Akteuren bei der Umsetzung der Europa 2020-Strategie gehören:

Der Europäische Rat, der für die Europa 2020-Strategie verantwortlich zeichnet.

Die Europäische Kommission, die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele überwacht, den Austausch auf politischer Ebene fördert und die notwendigen Vorschläge unterbreitet, um die Maßnahmen zu steuern und die Leitinitiativen der EU voranzubringen.

Das Europäische Parlament, das einen Beitrag zur Mobilisierung der Bürger leistet und bei bedeutsamen Vorhaben als Mitgesetzgeber fungiert.

Zu den weiteren Akteuren auf EU-Ebene gehören der Rat der EU („EU-Ministerrat“), der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss,

der Ausschuss der Regionen sowie die Europäische Investitionsbank und der Europäische Investitionsfonds (EIF).

Die Koordinierung und Umsetzung der Europa 2020-Strategie in Deutschland obliegt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie www.bmwi.de.

Instrumente

Ein strenges Monitoring sowie klare und messbare Ziele auf europäischer und nationaler Ebene sollen für eine wirksame und schnelle Umsetzung der Europa 2020-Strategie sorgen. Im Mittelpunkt steht dabei das „Europäische Semester“, ein jährlicher Zyklus der wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitischen Koordinierung.

Das Europäische Semester verzahnt die Maßnahmen der Europa 2020-Strategie mit denen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und stimmt sie aufeinander ab. Zudem werden im Europäischen Semester auch die Maßnahmen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts und des neuen Verfahrens zur Beseitigung makroökonomischer Ungleichgewichte berücksichtigt.

Das soll unter anderem sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten ihre Reformprogramme solide finanzieren.

Das Europäische Semester setzt jeweils zum Jahresbeginn ein. Ein Zyklus dauert rund sechs Monate und umfasst drei Stadien:

- Jahreswachstumsbericht | Gegen Jahresende nimmt die Europäische Kommission den Jahreswachstumsbericht an. In diesem Bericht werden die wachstums- und arbeitsmarktpolitischen Prioritäten der Europäischen Union für das kommende Jahr dargelegt. Auf der Grundlage des Jahreswachstumsberichts entscheidet die EU-Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat), welche Richtung die EU-Staaten in ihrer nationalen Politik einschlagen sollen. Auf seiner Frühjahrstagung bewertet der Europäische Rat auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts die makroökonomische Gesamtlage, die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der fünf Europa 2020-Kernziele sowie die Situation hinsichtlich der übergreifenden Leitinitiativen.

- Nationales Reformprogramm | Die Mitgliedstaaten legen im nächsten Schritt ihre Pläne für die Haushaltskonsolidierung (Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme) vor und führen aus, welche Maßnahmen sie zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie planen bzw. bereits umgesetzt haben und welche Hemmnisse noch existieren.
- Länderspezifische Empfehlungen | Die Kommission analysiert daraufhin im letzten Schritt die jeweiligen Nationalen Reformprogramme und gibt länderspezifische Empfehlungen ab, die dann auf höchster Ebene von den Staats- und Regierungschefs angenommen werden müssen. Somit erhalten die Mitgliedstaaten politische Leitlinien, die in ihre Politik- und Haushaltsgestaltung für das folgende Jahr einfließen.

Die Rolle Eurostats

Die konkreten Fortschritte beim Erreichen der fünf Europa 2020-Kernziele werden regelmäßig anhand der acht Leitindikatoren und drei Subindikatoren gemessen. Diese Daten werden von den nationalen statistischen Ämtern erhoben und von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zusammengeführt.

Um eine glaubwürdige und wirksame Überwachung der Umsetzung der Europa 2020-Kernziele zu gewährleisten, unterliegen die Daten hohen Qualitätsstandards. Die Daten, Zielmarken sowie die Qualitätsprofile zu allen Indikatoren sind auf der Eurostat Website ec.europa.eu/eurostat abrufbar.



Arbeitsplätze schaffen

■ **Ausgangslage** | In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur der EU verändern. Durch niedrige Geburtenraten und die steigende Lebenserwartung wird sich das Zahlenverhältnis zwischen Renteneempfängern und Beitragszahlern verschieben, was zu einer Belastung der sozialen Sicherungssysteme führen kann.

■ **Europa 2020-Ziel** | Die Regierungen der EU-Staaten wollen verstärkt ihre Arbeitskräfte-reserven mobilisieren: Bis 2020 sollen 75 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig sein. Insbesondere Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, gering Qualifizierte und Migranten sollen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

■ **Nationales Europa 2020-Ziel** | Deutschland möchte die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen im Rahmen der Europa 2020-Strategie bis 2020 auf 77 % steigern.

■ **Indikator** | Die Erwerbstätigenquote gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung einer Beschäftigung nachgeht. Als erwerbstätig gilt, wer nach eigener Auskunft in der Berichtswoche mindestens

eine Stunde lang gegen Bezahlung bzw. als Selbstständiger gearbeitet hat oder nur vorübergehend vom Arbeitsplatz abwesend war, zum Beispiel wegen Krankheit, Urlaub oder Elternzeit.

Stand der Umsetzung in Deutschland

Entgegen der Entwicklung in vielen anderen EU-Ländern hat es in Deutschland in den vergangenen Jahren deutliche Beschäftigten-zuwächse gegeben. Zwischen 2007 und 2012 stieg die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen von 73 % auf 77 %. Damit ist die für 2020 gesetzte EU-weite Zielmarke von 75 % gegenwärtig bereits überschritten und die national angestrebte 77 %-Marke ebenfalls erreicht.

Beschäftigtenzuwächse gab es in allen Bevölkerungsgruppen, die gemäß der Europa 2020-Strategie verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. So stieg die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen zwischen 2007 und 2012 sehr deutlich von 51 % auf 61 %. Auch jungen Menschen sowie Erwerbstätigen, die im Ausland geboren wurden, gelang der

berufliche Einstieg besser als noch 2007. Gründe für die Zuwächse sind vor allem die gute konjunkturelle Lage, aber auch die Regelungen gegen einen Stellenabbau im Zuge der Finanzmarktkrise (z. B. Kurzarbeit und Abbau von Arbeitszeitkonten) sowie die Zunahme von Leih- und Zeitarbeit. Hinzu kommt die verbesserte statistische Erfassung kleiner Erwerbstätigkeiten seit 2011.

■ **Fazit** | In Deutschland hat es in den vergangenen Jahren deutliche Beschäftigten-zuwächse gegeben. Die im Rahmen von Europa 2020 angestrebte EU-weite Erwerbstätigenquote von 75 % wurde in Deutschland 2012 bei guter wirtschaftlicher Lage bereits übertroffen. Das nationale Europa 2020-Ziel von 77 % ist erreicht.

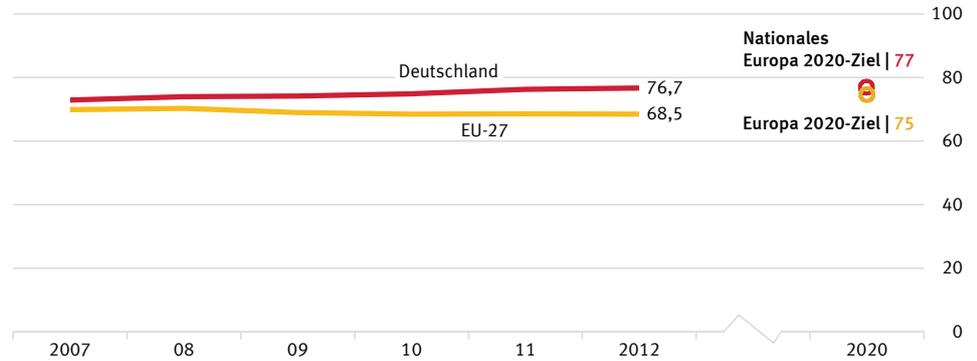
Kernziel 1 Beschäftigung fördern



■ ■ ■ Arbeitsplätze schaffen

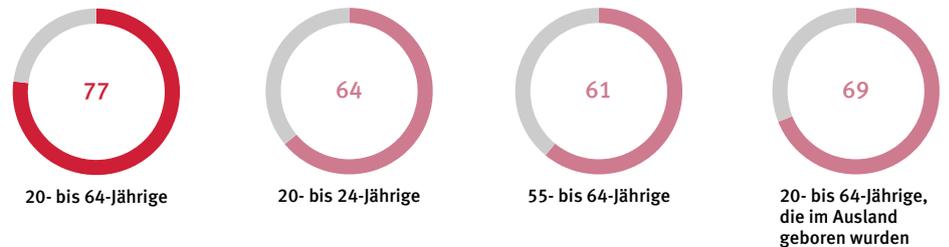


Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen in %



Tabellencode: t2020_10

Erwerbstätigenquoten in Deutschland 2012 in %



Tabellencode: lfsa_ergacob

Arbeitsplätze schaffen

■ Europa 2020-Ziel | Die Regierungen der EU-Staaten wollen verstärkt ihre Arbeitskräfte-reserven mobilisieren: Bis 2020 sollen 75 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig sein. Insbesondere Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, gering Qualifizierte und Migranten sollen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

Das Europa 2020-Ziel einer Erwerbstätigenquote von 75 % war bereits 2012 in Schweden (80%), den Niederlanden und Deutschland (je 77%), Österreich (76%) sowie Dänemark (75 %) erreicht.

Insgesamt wollen acht Staaten bis 2020 national aber eine höhere Quote als 75 % erreichen. Vorreiter sind Dänemark, die Niederlande und Schweden, die sich mit einer Erwerbstätigenquote von 80 % bis 2020 das höchste Beschäftigungsziel setzten.

Hingegen haben sich zwölf Staaten nationale Europa 2020-Ziele gesetzt, die unterhalb der 75 % Marke liegen. Dazu gehört zum Beispiel Italien, das bis 2020 eine Erwerbstätigenquote von 67 % anstrebt. 2012 waren 61 % erreicht.

Entgegen der politischen Zielsetzung, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, sank in der EU die Zahl der 20- bis 64-jährigen Erwerbstätigen seit dem vorläufigen Beschäftigungshoch im Jahr 2008 bis 2012 um rund 4,3 Mill. Menschen. Die EU-weite Erwerbstätigenquote fiel damit um rund zwei Prozentpunkte von 70 % auf 68 %.

Besonders hart getroffen hat es Griechenland: Dort ging die Erwerbstätigenquote zwischen 2008 und 2012 um elf Prozentpunkte zurück. In Irland war der Rückgang mit neun Prozentpunkten ähnlich deutlich. Ein höheres Beschäftigungsniveau als vier Jahre zuvor verzeichneten neben Deutschland lediglich Malta, Luxemburg, Österreich und Ungarn.

Unter den Bevölkerungsgruppen, die im Rahmen von Europa 2020 besonders gefördert werden sollen, konnten EU-weit nur die 55- bis 64-jährigen Arbeitnehmer zwischen 2008 und 2012 eine steigende Quote verzeichnen.

Migranten fanden hingegen seltener einen Arbeitsplatz. Am deutlichsten verschlechtert hat sich die Lage für gering Qualifizierte sowie junge Berufseinsteiger. So sank in allen EU-Ländern außer Deutschland die Erwerbstätigenquote der 20- bis 24-jährigen zwischen 2008 und 2012. In elf Ländern betrug der Rückgang zehn oder mehr Prozentpunkte. Darunter waren Spanien (-23 Prozentpunkte) sowie Irland (-21 Prozentpunkte).

■ Fazit | In der Mehrheit der EU-Staaten sind die Erwerbstätigenquoten in den vergangenen Jahren gesunken. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise machen es für alle Erwerbspersonen, besonders aber für Migranten, junge Menschen und gering Qualifizierte, schwierig einen Arbeitsplatz zu finden.

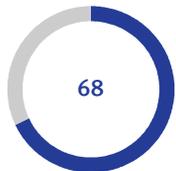
Kernziel 1 Beschäftigung fördern



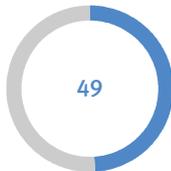
Arbeitsplätze schaffen



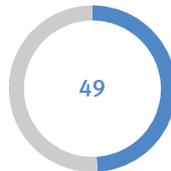
Erwerbstätigenquoten in der EU-27 2012 in %



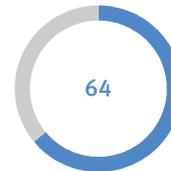
20- bis 64-Jährige



20- bis 24-Jährige



55- bis 64-Jährige

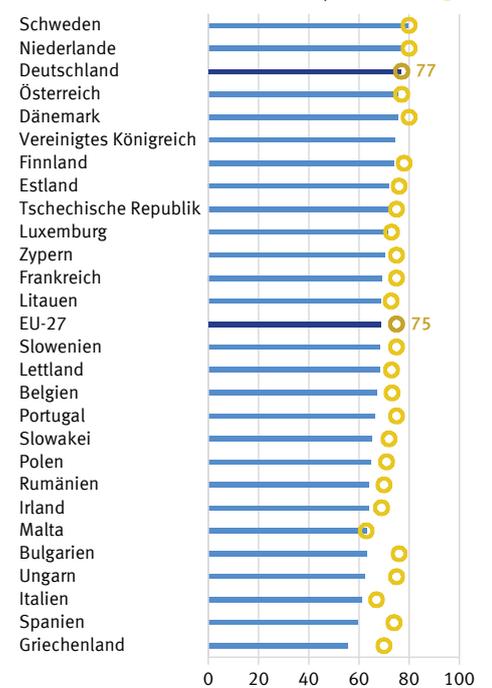


20- bis 64-Jährige,
die im Ausland
geboren wurden

Tabellencode: lfsa_ergacob

Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen 2012

in %



Kein nationales Europa 2020-Ziel für das Vereinigte Königreich.

Tabellencode: t2020_10

Forschungsausgaben erhöhen

- Ausgangslage | Innovationen sind die Basis für dynamische Produktivitätsentwicklung und nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt zu erhalten, sind die Regierungen der EU-Staaten bestrebt, optimale Bedingungen für Wissenschaft und Forschung zu schaffen.
- Europa 2020-Ziel | Das jährliche Investitionsvolumen für Forschung und Entwicklung (FuE) soll bis 2020 insgesamt 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EU-Staaten erreichen.
- Nationales Europa 2020-Ziel | Deutschland strebt im Rahmen der Europa 2020-Strategie ebenfalls eine Zielmarke von 3 % des BIP an.
- Indikator | Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung umfassen die privaten und öffentlichen Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen.

Stand der Umsetzung in Deutschland

In Deutschland haben sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den vergangenen Jahren erhöht. Der Anstieg von 2,54 % auf 2,84 % des BIP zwischen 2006 und 2011 entsprach einer Erhöhung von 58,8 Mrd. Euro auf 73,7 Mrd. Euro. Die jährlichen Ausgaben je Einwohner stiegen damit von 713 auf 901 Euro.

Rund 67 % und der damit weitaus größte Teil aller Forschungsausgaben wurden 2011 von der Wirtschaft getragen. Das entsprach rund 49,3 Mrd. Euro. Weitere 18 % bzw. 13,5 Mrd. Euro gaben die Hochschulen aus. Die staatlichen Forschungseinrichtungen investierten 15 % bzw. 10,9 Mrd. Euro.

In allen drei Bereichen wurde 2011 deutlich mehr Geld in die Forschung investiert als noch 2006: Die Ausgaben der Hochschulen stiegen um 42 %, die des Staates um 34 %. Die Wirtschaft erhöhte ihr Budget um 20 %.



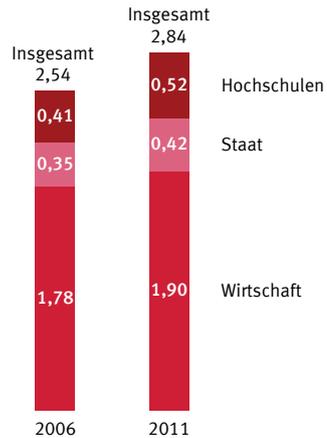
- Fazit | In den vergangenen Jahren wurde viel in den Forschungsstandort Deutschland investiert: Sowohl Hochschulen als auch Staat und Wirtschaft haben ihre Ausgaben gesteigert. Die Quote für Investitionen in Forschung und Entwicklung liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt, aber noch unter der Europa 2020-Zielmarke von 3 %.

Kernziel 2 Forschungsbedingungen verbessern



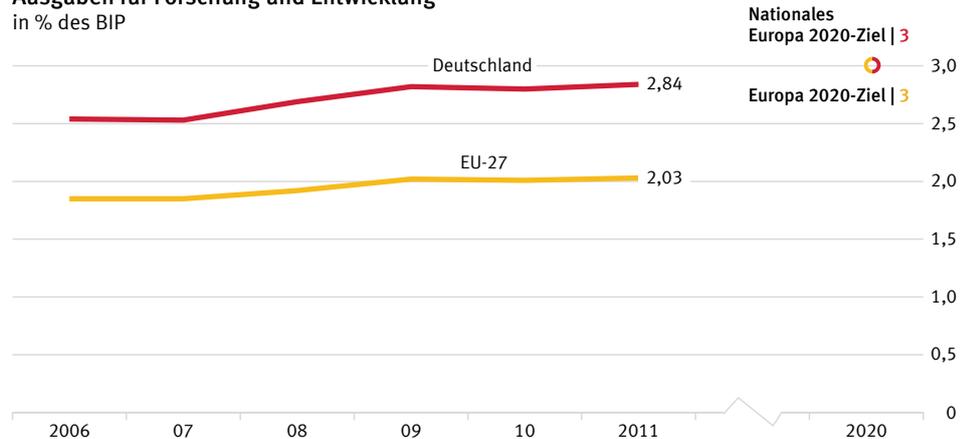
■ ■ ■ Forschungsausgaben erhöhen

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland nach Sektoren in % des BIP



Tabellencode: rd_e_gerdact

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP



Tabellencode: t2020_20

Forschungsausgaben erhöhen

■ Europa 2020-Ziel | Das jährliche Investitionsvolumen für Forschung und Entwicklung soll bis 2020 insgesamt 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EU-Staaten erreichen.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

2011 gaben die 27 EU-Staaten zusammen 2,03% des EU-weiten BIP für Forschung und Entwicklung aus. Zwischen den EU-Mitgliedstaaten gab es allerdings große Unterschiede. Spitzenreiter war 2011 Finnland mit Ausgaben in Höhe von 3,78% des BIP. Schweden kam auf einen Anteil von 3,37%, Dänemark auf 3,09%. Damit haben diese drei Staaten die Europa 2020-Zielmarke von 3% des BIP bereits überschritten.

Schweden und Finnland haben sich national noch höhere Zielmarken gesetzt: Sie wollen bis 2020 jährlich 4% des BIP für Forschung und Entwicklung ausgeben.

Deutschland erreichte 2011 im EU-Vergleich Rang vier: Hierzulande wurden 2,84% des BIP aufgewendet.

Deutlich unter der Ein-Prozent-Marke blieben mehrere ost- und südeuropäische EU-Staaten. Schlusslichter waren Rumänien, Zypern und Bulgarien. Allerdings streben diese Staaten bis 2020 nur Zielmarken zwischen 0,5% und 2,0% des BIP an.

Finnland, Schweden, Dänemark und Deutschland liegen bei den Forschungsausgaben bereits seit mehreren Jahren konstant an der Spitze. Aber auch die meisten anderen EU-Staaten haben ihren Ausgabenanteil zwischen 2006 und 2011 erhöht. Slowenien (+0,9 Prozentpunkte) und Estland (+1,3 Prozentpunkte) verzeichneten dabei die deutlichsten Steigerungen. Im EU-Durchschnitt lag das Plus bei 0,2 Prozentpunkten.

Insgesamt wurden 2011 in der EU rund 257 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Mit 73,7 Milliarden Euro verzeichnete Deutschland den größten Etat.

Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße erreichte Deutschland mit seinen pro Kopf-Ausgaben von 901 Euro allerdings nur Rang sechs.

Mit Abstand vorn lagen hier wiederum die drei skandinavischen EU-Staaten mit über 1 300 Euro je Einwohner. Der EU-Durchschnitt betrug 511 Euro.

Wie in Deutschland wurde auch in den meisten anderen EU-Staaten der Großteil der Forschungsausgaben von der Wirtschaft getragen. Nur in fünf Ländern, darunter z. B. Polen und Rumänien, kam ein Großteil des Geldes vom Staat oder den Hochschulen.

■ Fazit | Die EU-weiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung haben sich zwischen 2006 und 2011 leicht erhöht. In den meisten Staaten wird ein Großteil der Investitionen von den Unternehmen geleistet.

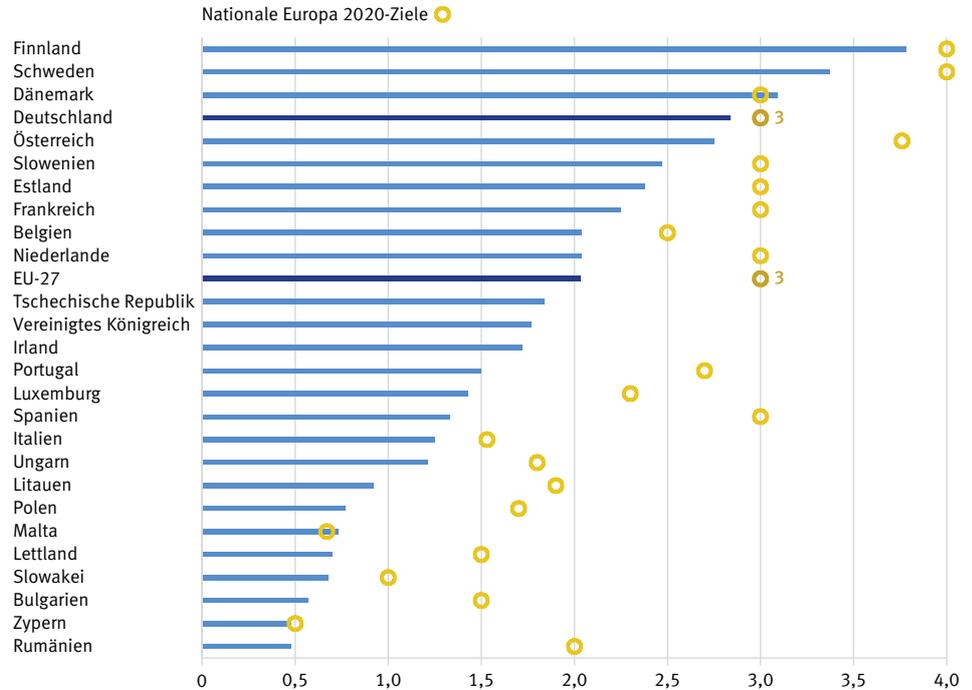
Kernziel 2 Forschungsbedingungen verbessern



■ ■ ■ Forschungsausgaben erhöhen



Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2011 in % des BIP



Keine Angaben für Griechenland. Keine nationalen Europa 2020-Ziele für Irland, die Tschechische Republik und das Vereinigte Königreich.
Tabellencode: t2020_20

Treibhausgasemissionen senken

■ Ausgangslage | Treibhausgase verursachen einen Klimawandel. Um den Prozess der Erderwärmung zu dämpfen, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im Kyoto-Protokoll erstmals auf verbindliche Klimaschutzziele bis 2012 geeinigt. Eine Nachfolgevereinbarung steht bislang jedoch aus.

■ Europa 2020-Ziel | Die EU will ihre gesamten Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 20 % senken, unter bestimmten Voraussetzungen sogar um 30 %. Für die gemäß EU-Emissionshandel zertifizierten großen Treibhausgasemittenten liegen Abkommen vor. Für die übrigen kleineren Emittenten sollen die Mitgliedsstaaten Einsparungen entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung erbringen.

■ Nationales Europa 2020-Ziel | Deutschland verpflichtete sich gemäß Europa 2020, die Emissionen, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen, bis 2020 um 14 % gegenüber 2005 zu senken.

■ Indikator | Zu den Treibhausgasen zählen Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und andere klimawirksame Stoffe. Die Gase besitzen zum Teil sehr unterschiedliche Erwärmungspotenziale. Um sie aufzusummieren, werden sie auf die Klimawirksamkeit von CO₂ normiert. Die Treibhauspotenziale der Gase bemessen sich damit relativ zu CO₂ in den „CO₂-Äquivalenten“. Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft werden hier nicht berücksichtigt.

Stand der Umsetzung in Deutschland

2010 lag der gesamte Treibhausgasausstoß in Deutschland bei rund 937 Mill. Tonnen CO₂-Äquivalenten. Damit verminderten sich die Gesamtemissionen gegenüber 1990 um 25 % (Eurostat Stand: Februar 2013).

Ein Blick auf die Entwicklung in den jüngsten Jahren zeigt, dass es insbesondere im Jahr 2009 einen überproportionalen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr gab. Hauptgrund war die

schwache Konjunktur. 2010 stiegen die Emissionen erneut an, was laut Umweltbundesamt auf die Erholung der Wirtschaft sowie die kühle Witterung zurückzuführen war. Das Niveau von 2008 wurde jedoch nicht wieder erreicht.

Trotz der deutlichen Einsparungen war Deutschland als bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft der EU 2010 der mit Abstand größte Treibhausgasemittent der Staatengemeinschaft und für 20 % aller EU-weiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Auch beim Pro-Kopf-Ausstoß lag Deutschland mit 11,4 Tonnen CO₂-Äquivalenten 2010 EU-weit im oberen Drittel (Quelle: United Nations Framework Convention on Climate Change UNFCCC).

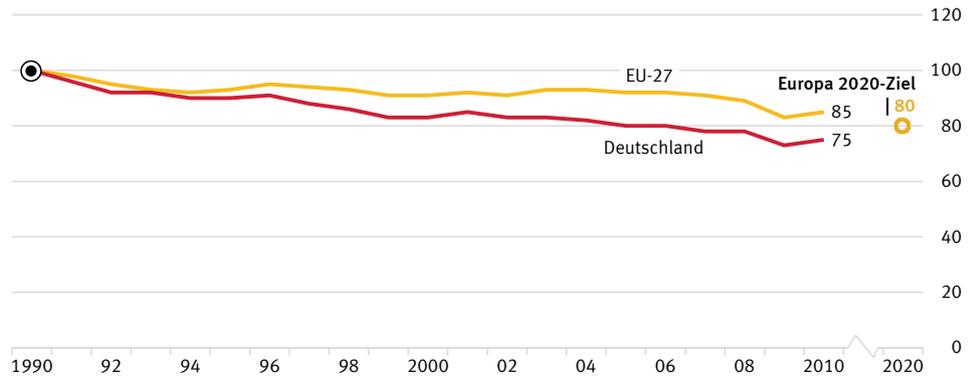
■ Fazit | Deutschland hat seine Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren deutlich verringert. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Steigerung der Energieeffizienz bergen Potenzial für weitere Einsparungen.



■ ■ ■ Treibhausgasemissionen senken



Entwicklung der gesamten Treibhausgasemissionen
Basisjahr 1990 = 100



Tabellencode: t2020_30



Treibhausgasemissionen senken

■ **Europa 2020-Ziel** | Die EU will ihre gesamten Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 20% senken, unter bestimmten Voraussetzungen sogar um 30%. Für die gemäß EU-Emissionshandel zertifizierten großen Treibhausgasemittenten liegen Abkommen vor. Für die übrigen kleineren Emittenten sollen die Mitgliedsstaaten Einsparungen entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung erbringen.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

Die nationalen Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten zur Minderung der Emissionen, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen, gelten für den Zeitraum 2005 bis 2020 und wurden nach der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung

im Jahr 2005 differenziert. Damit ist es Portugal und Malta sowie den zehn ehemaligen sozialistischen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten gestattet, ihre Emissionen, die nicht dem EU-Emissionshandel unterliegen, zwischen 2005 und 2020 weiter zu erhöhen. Für die anderen 15 EU-Staaten, darunter Deutschland, wurden für den Zeitraum 2005 bis 2020 Reduktionsziele zwischen 4% und 20% vereinbart.

Die gesamten Treibhausgasemissionen der 27 EU-Staaten gingen zwischen 1990 und 2010 um 15% zurück. Vor allem der EU-weite Rückgang im Jahr 2009 gegenüber 2008 war auffallend deutlich. Grund dafür war laut Umweltbundesamt die schwache Konjunktur in vielen EU-Staaten, die zu weniger Emissionen im Produzierenden Gewerbe und im Verkehr führten. Im Verkehrssektor spielte auch der hohe Ölpreis eine Rolle. 2010 stiegen die Gesamtemissionen erneut leicht an, erreichten allerdings nicht wieder das Niveau von 2008.

■ **Fazit** | Die EU möchte den gesamten Treibhausgasausstoß bis 2020 um 20% gegenüber 1990 senken. Tatsächlich waren bis 2010 bereits drei Viertel der Einsparungen erbracht. Ein Teil davon ist auf den Industrieabbau in Mittel- und Osteuropa zu Beginn der neunziger Jahre sowie auf die Konjunkturschwäche in jüngerer Zeit zurückzuführen.

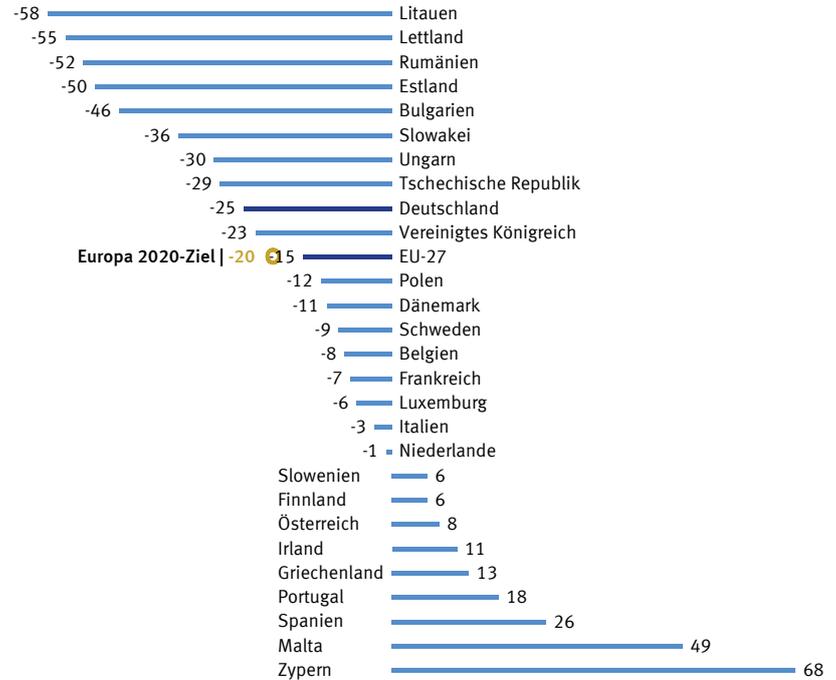


Treibhausgasemissionen senken



Entwicklung der gesamten Treibhausgasemissionen

Veränderung zwischen 1990 und 2010 in %



Tabellencode: t2020_30

Erneuerbare Energien fördern

■ Ausgangslage | Ein Umstieg auf erneuerbare Energiequellen mindert den Ressourcenverbrauch, reduziert Energieimporte, verringert energetisch bedingte Emissionen und fördert die Versorgungssicherheit sowie technische Innovationen.

■ Europa 2020-Ziel | Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch der EU auf 20% steigen. Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Potenzials gilt für jedes EU-Land eine eigene Zielmarke.

■ Nationales Europa 2020-Ziel | Für Deutschland gilt das nationale Europa 2020-Ziel von 18% bis 2020, das auch Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist.

■ Indikator | Zu den erneuerbaren Energiequellen zählen die Solar- und Windenergie, Wasserkraft, geothermische Energie und Energie aus Biomasse. Der Bruttoendenergieverbrauch umfasst die Energie, die an die Endverbraucher (Industrie, Verkehr, Haushalte, usw.) geliefert wird. Nicht eingerechnet sind

der Eigenverbrauch der Energieerzeuger sowie Umwandlungs- und Netzverluste.

Stand der Umsetzung in Deutschland

2011 stammten in Deutschland 12% des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien (Eurostat Stand April 2013). Der Anteil ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Die Bedeutung der erneuerbaren Energien für die Energieversorgung war aber weiterhin relativ gering.

Der mit Abstand größte erneuerbare Energieträger in Deutschland ist Biomasse. Hier wird zum einen durch die Verbrennung von Holz und Holzabfällen Energie gewonnen. Zum anderen wird in Biogasanlagen Gülle oder Silage aus Energiepflanzen, wie z. B. Mais vergärt. Das gewonnene Biogas wird anschließend verstromt.

Ein Blick auf die Primärenergieerzeugung in Deutschland zeigt, dass 73% der erzeugten erneuerbaren Energie 2011 aus Biomasse stammte. 2006 waren es noch 77%. Die Bedeutung der Biomasse hat somit in den vergangenen Jahren etwas abgenommen.

Im Vergleich dazu haben alle anderen regenerativen Energiequellen in Deutschland aber weiterhin nur eine relativ geringe Bedeutung: 2011 stammten 13% der erzeugten erneuerbaren Energie aus Windkraft. Weitere 7% aus Sonnenergie, 5% aus Wasserkraft. Geothermische Energie spielte nur eine untergeordnete Rolle.

■ Fazit | Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch hat in Deutschland in den vergangenen Jahren zugenommen. Ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter steigen, zumal die Bundesregierung den Atomausstieg und eine verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien beschlossen hat.

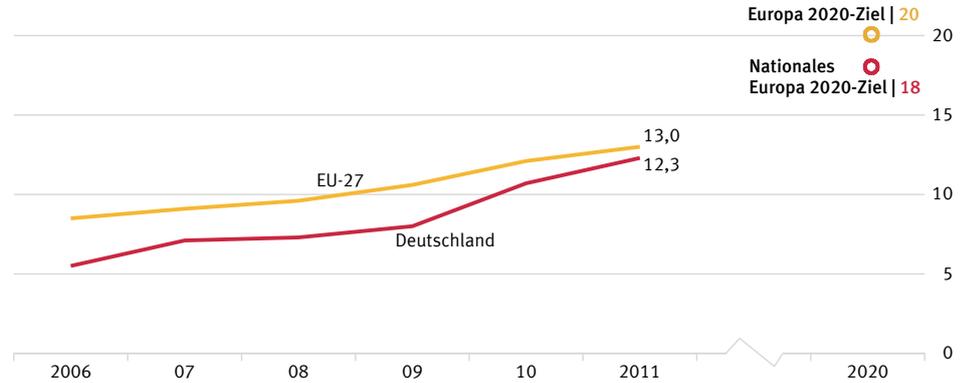
Kernziel 3 Umwelt schonen



■ ■ ■ Erneuerbare Energien fördern



Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch in %



Tabellencode: t2020_31

Erneuerbare Energien fördern

■ Europa 2020-Ziel | Bis 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch der EU auf 20 % steigen. Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Potenzials im Bereich erneuerbarer Energien und der nationalen Wirtschaftsleistung gilt für jedes EU-Land eine eigene Zielmarke.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

2011 stammten in der EU 13 % des gesamten Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien. 2006 waren es neun Prozent.

Gemäß der Europa 2020-Vereinbarung haben sich die EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Zielmarken bis 2020 gesetzt. Die höchste hat Schweden, das den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 49 % anheben möchte und dieser Marke bereits sehr nahe kam: 2011 waren 47 % erreicht.

Damit ist Schweden mit Abstand Vorreiter in der EU. Die erneuerbare Energie wird in Schweden vor allem aus Holz und Holzabfällen, also Biomasse, sowie Wasserkraft gewonnen.

Neben Schweden wollen zehn weitere Staaten bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien auf über 20 % anheben. Dazu gehören unter anderem Lettland (Ziel: 40 %), Finnland (38 %) und Österreich (34 %). Alle drei Staaten hatten bereits 2011 einen Anteil von mindestens 30 % erreicht. Wichtigste Energiequellen waren auch hier Holz und Holzabfälle.

Anteilmäßig am geringsten genutzt werden regenerative Energiequellen bislang in Malta, Luxemburg, dem Vereinigten Königreich, Belgien und den Niederlanden. In diesen Staaten betrug der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch 2011 weniger als fünf Prozent.

Deutschland konnte durch den massiven Ausbau seiner Kapazitäten 2011 rund 12 % des Energieverbrauchs aus regenerativen Quellen decken, lag damit jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 13 %.

Ein Blick auf die Primärerzeugung zeigt aber, dass Deutschland in der EU die Führungsrolle einnimmt: 2011 wurden 19 % der gesamten erneuerbaren Energie in der EU in Deutschland erzeugt. Deutschland war EU-weit der größte Erzeuger von erneuerbarer Energie aus Biomasse sowie aus Sonnen- und Windenergie. Wasserkraft wurde am meisten in Schweden genutzt, geothermische Energie in Italien.

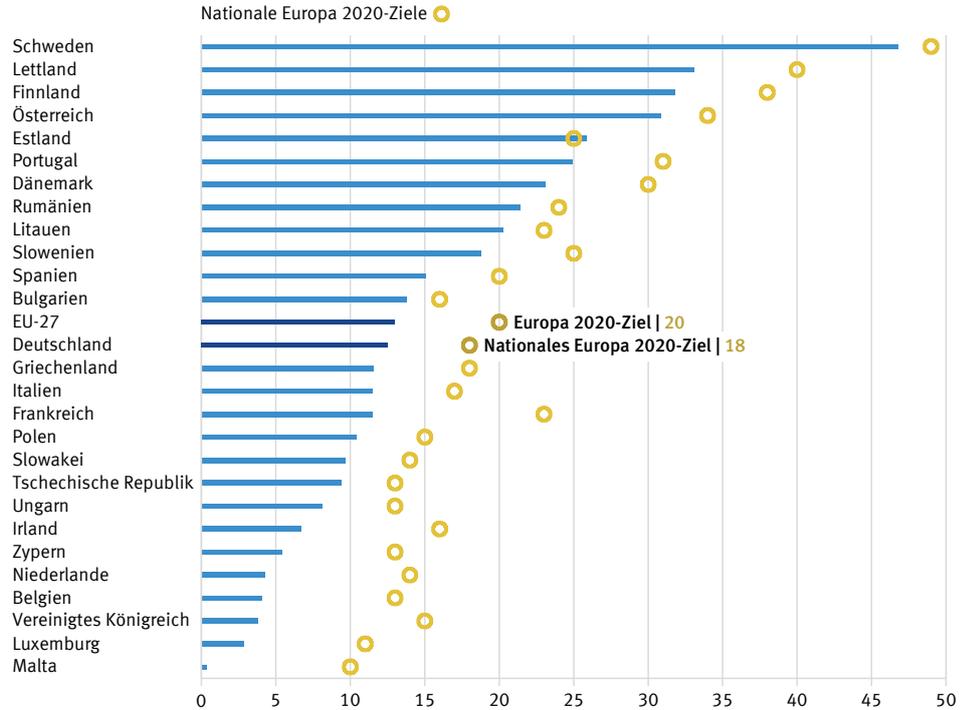
In allen EU-Staaten war Biomasse der mit Abstand wichtigste erneuerbare Energieträger. Ausnahmen bildeten nur Irland (Wind) und Zypern (Sonne). Insgesamt stammten 2011 rund 67 % der gesamten EU-weit erzeugten erneuerbaren Energie aus Biomasse, weitere 16 % aus Wasserkraft. Geringere Bedeutung hatten Windenergie (9 %), geothermische Energie und Solarenergie (je 4 %).



Erneuerbare Energien fördern

Fazit | Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch ist in allen EU-Staaten gegenüber 2006 gestiegen. Wie in Deutschland ist fast überall die Biomasse der wichtigste erneuerbare Energieträger.

Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch 2011 in %



Tabellencode: t2020_31



Energieeffizienz erhöhen

■ Ausgangslage | Der Verbrauch von Energie belastet die Umwelt: Die Qualität von Boden, Luft und Gewässern leidet durch Rohstoffabbau und Schadstoffemissionen. Auch im Hinblick auf künftige Generationen ist ein sparsamer Verbrauch nicht-erneuerbarer Energieträger geboten.

■ Europa 2020-Ziel | Die Energieeffizienz in der EU soll bis 2020 um 20% im Vergleich zu 2005 steigen. Dafür muss der Primärenergieverbrauch in diesem Zeitraum um 14% sinken.

■ Nationales Europa 2020-Ziel | In Deutschland soll die Energieeffizienz bis 2020 ebenfalls um 20% erhöht werden, abweichend zur Europa 2020-Zielsetzung allerdings ausgehend vom Basisjahr 2008.

■ Indikator | Die Entwicklung der Energieeffizienz wird anhand des Primärenergieverbrauchs gemessen. Dieser umfasst die Energiemenge der Endverbraucher (Wirtschaft, Verkehr, Haushalte usw.), den Eigenverbrauch der Energieerzeuger sowie Netz- und Umwandlungsverluste.

Stand der Umsetzung in Deutschland

In Deutschland lag der Primärenergieverbrauch 2010 bei rund 306 Mill. Tonnen Rohöleinheiten. Damit hat sich der Energiebedarf in den vergangenen Jahren leicht verringert: 2010 wurden rund 3% bzw. 8,3 Mill. Tonnen Rohöleinheiten weniger verbraucht als 2005, dem Europa 2020 Basisjahr. Legt man den Verbrauch von 2008, dem national gewählten Basisjahr, zugrunde, verringerte sich der Jahresbedarf bis 2010 um rund 2%.

Tatsächlich konnte in den vergangenen Jahren durch technische Innovationen und Einsparungen eine deutliche Effizienzsteigerung beim Einsatz von Energie erreicht werden. Da sich durch die gute Konjunktur der Energiebedarf der Wirtschaft jedoch insgesamt erhöhte, wurden diese Effizienzgewinne allerdings fast völlig aufgezehrt.

Beim Verbrauch der privaten Haushalte ließen sich gegenläufige Entwicklungen beobachten: Einerseits sank der Verbrauch durch Einsparungen

und die verbesserte Wärmedämmung der Gebäude. Andererseits wirkte sich die zunehmende Wohnfläche und der höhere Ausstattungsgrad mit elektrischen Geräten verbrauchssteigernd aus. Die kühle Witterung im Jahr 2010 erhöhte den Bedarf an Wärmeenergie ebenfalls.

■ Fazit | In Deutschland ist die Wirtschaft in den vergangenen Jahren gewachsen, der Energieverbrauch hingegen gesunken. Das lässt auf Effizienzgewinne schließen. Die Entwicklung geht damit in die angestrebte Richtung. Um das Effizienzziel von 20% bis 2020 zu erreichen, muss ein erheblicher Teil der Einsparungen jedoch erst noch erbracht werden.



Energieeffizienz erhöhen

■ Europa 2020-Ziel | Die Energieeffizienz in der EU soll bis 2020 um 20% im Vergleich zu 2005 steigen. Das entspricht einem Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 14% in diesem Zeitraum.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

Würde sich an den bisherigen Verbrauchsgewohnheiten der EU-Bürger nichts ändern, würde der jährliche Primärenergieverbrauch der EU-27 bis 2020 auf 1,84 Mrd. Tonnen Rohöleinheiten (RÖE) zunehmen (business as usual-Szenario). Um das 20%-Effizienzziel umzusetzen, müsste der jährliche Primärenergieverbrauch aber 20% niedriger bei 1,47 Mrd. Tonnen RÖE liegen. Gegenüber 2005 würde dies einem Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 14% bzw. 230 Mill. Tonnen RÖE entsprechen.

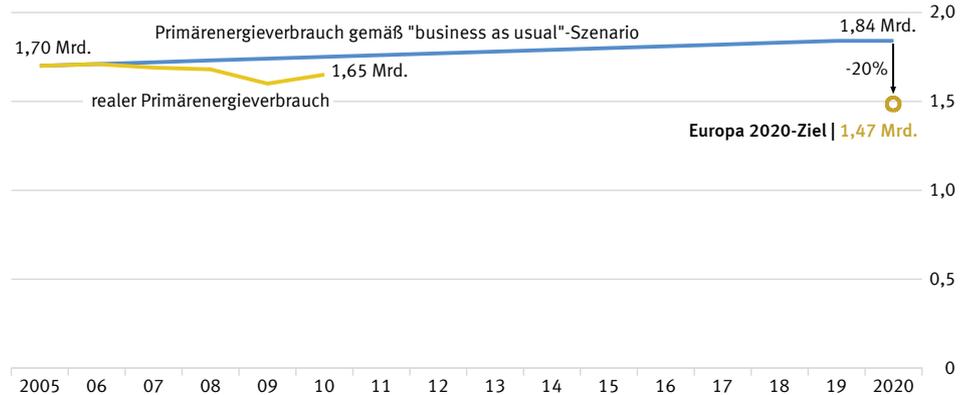
Im Ausgangsjahr 2005 betrug der gesamte Primärenergieverbrauch der EU rund 1,70 Mrd. Tonnen RÖE. Bis 2010 sank der Jahresverbrauch um rund 3% auf 1,65 Mrd. Tonnen RÖE.

Insgesamt ging der Verbrauch in 18 EU-Staaten, darunter auch Deutschland, zwischen 2005 und 2010 zurück. In vielen Staaten beruhten die deutlichen Einsparungen allerdings zu einem Großteil auf dem konjunkturellen Einbruch, den die Volkswirtschaften in 2009 erlebten.

So erreichte der Primärenergieverbrauch in Litauen 2010 nur noch 77% des Niveaus von 2005. In Griechenland, Spanien und Portugal betrug der Rückgang jeweils mehr als neun Prozent.

Hingegen haben neun Staaten ihren Energieverbrauch zwischen 2005 und 2010 sogar weiter gesteigert. Dazu zählten unter anderem Estland (+13%) und Polen (+9%).

Primärenergieverbrauch der EU-27 in Mrd. Tonnen RÖE



Tabellencode: t2020_33

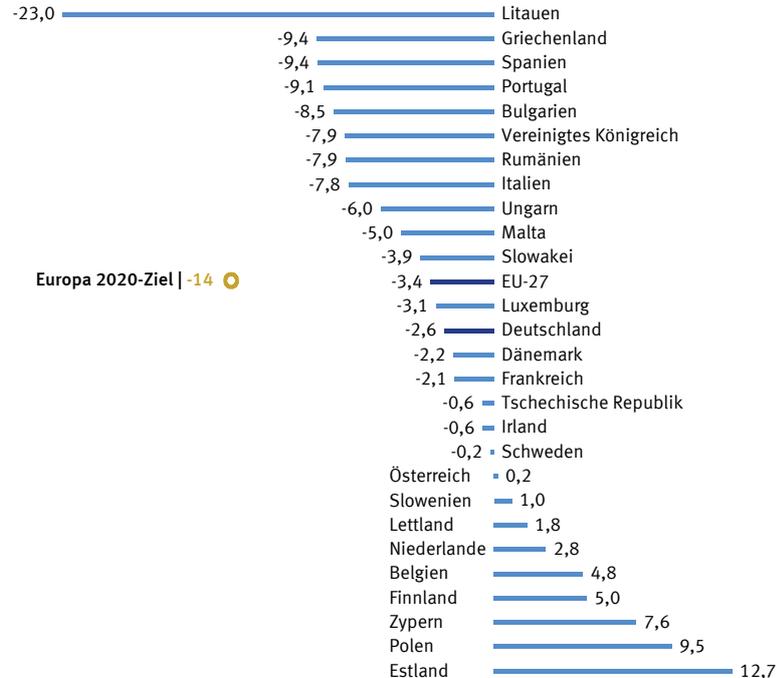


Energieeffizienz erhöhen

Fazit | Um das EU-weite 20%-Effizienzziel zu erreichen, müssen die EU-Staaten einen Großteil der Einsparungen beim Primärenergieverbrauch erst noch erbringen, zumal die bisherigen Energieeinsparungen zu einem großen Teil auf der schwachen Konjunktur in vielen EU-Mitgliedstaaten beruhen. Um den Energieverbrauch auch bei wirtschaftlicher Erholung zu senken, muss die Energieausnutzung weiter verbessert werden.

Primärenergieverbrauch

Veränderung zwischen 2005 und 2010 in %



Tabellencode: t2020_33

Anteil der frühen Schulabgänger senken

- Ausgangslage | Junge Menschen, die die Schule vorzeitig oder mit einem niedrigen Bildungsabschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss.
- Europa 2020-Ziel | Die EU-Staaten wollen den Anteil der frühen Schulabgänger bis 2020 auf 10% reduzieren. Nationale Ziele legen die Staaten selbst fest.
- Nationales Europa 2020-Ziel | Deutschland strebt im Rahmen von Europa 2020 an, den Anteil der frühen Schulabgänger auf unter zehn Prozent zu reduzieren.
- Indikator | Als frühe Schulabgänger gelten 18- bis 24-jährige, die höchstens die Haupt- bzw. Realschule (Sekundarstufe I) erfolgreich beendet haben, anschließend aber keinen weiteren Abschluss erlangten und sich gegenwärtig nicht im Bildungsprozess befinden.

Stand der Umsetzung in Deutschland

2011 galten in Deutschland 12% der 18- bis 24-Jährigen als frühe Schulabgänger. 2006 lag der Anteil bei 14%. Männer brachen dabei häufiger frühzeitig ihren Bildungsweg ab als Frauen.

Frühe Schulabgänger können auf dem deutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig besser Fuß fassen als noch vor einigen Jahren: 2006 waren von den 18- bis 24-jährigen Frauen, die frühzeitig die Schule beendet hatten, nur 38% erwerbstätig, 2011 waren es 41%. Bei den gleichaltrigen Männern stieg die Quote, ausgehend von deutlich höherem Niveau, noch stärker von 50% auf 57%. Ein möglicher Grund für diese Entwicklung in Deutschland könnte neben der günstigen konjunkturellen Entwicklung und der gestiegenen Dynamik am Arbeitsmarkt auch die Ausweitung des Niedriglohnsektors sein.

■ Fazit | Das nationale Europa 2020-Ziel, den Anteil der frühen Schulabgänger auf unter 10% zu reduzieren, könnte Deutschland bei gleichbleibender durchschnittlicher Entwicklung wie in den vergangenen fünf Jahren erreichen.

Kernziel 4 Bildungsgrad erhöhen

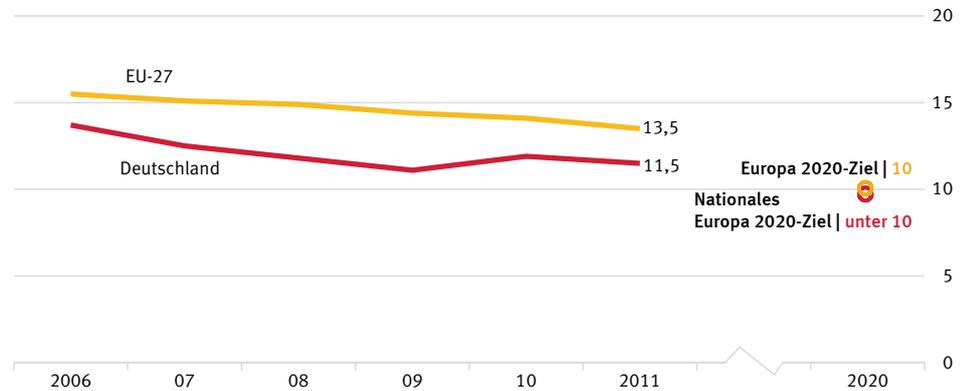


■ ■ ■ Anteil der frühen Schulabgänger senken



Frühe Schulabgänger

Anteil der 18- bis 24-Jährigen in %



Tabellencode: t2020_40

Anteil der frühen Schulabgänger senken

■ Europa 2020-Ziel | Die EU-Mitgliedstaaten wollen den Anteil der frühen Schulabgänger in der EU bis 2020 auf 10% reduzieren. Nationale Ziele haben die Staaten selbst festgelegt. Diese reichen von 4,5% bis 29%.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

2011 hatten EU-weit 14% der 18- bis 24-Jährigen frühzeitig die Schule verlassen. Besonders hoch waren die Abgängerquoten in den süd-europäischen Staaten Malta (34%), Spanien (27%) und Portugal (23%).

In Deutschland lag der Anteil mit 12% zwar unter dem EU-Durchschnitt, aber höher als in 15 anderen EU-Staaten. Den geringsten Anteil früher Schulabgänger hatten 2011 Slowenien (4%) sowie die Tschechische Republik und die Slowakei (je 5%). In allen Staaten außer Bulgarien brachen junge Männer häufiger ihren Ausbildungsweg ab als Frauen.

EU-weit ist der Anteil junger Menschen, die ihre Schullaufbahn oder Ausbildung früh beendeten, zwischen 2006 und 2011 von 16% auf 14% gesunken. In den einzelnen Staaten verlief die Entwicklung jedoch uneinheitlich. In vier Staaten stieg die Quote sogar: Im Vereinigten Königreich um knapp vier Prozentpunkte, in Dänemark, Polen und Finnland um weniger als einen Prozentpunkt. In allen anderen Staaten sank der Anteil. Den größten Erfolg konnte Portugal vorweisen. Zwar war der Anteil der frühen Schulabgänger dort 2011 mit 23% immer noch der dritthöchste der EU, 2006 hatte er mit 39% aber noch deutlich höher gelegen. Bis 2020 soll die Quote in Portugal auf 10% sinken.

Malta und Spanien konnten ihre hohen Anteile ebenfalls deutlich mindern und streben bis 2020 nationale Zielmarken von 29% bzw. 15% an.

17 EU-Staaten haben sich das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgänger bis 2020 sogar unter die 10%-Marke zu drücken. Dazu gehören vor allem die Länder, in denen die Quoten bereits 2011 einstellig waren.

■ Fazit | Der Anteil früher Schulabgänger ist in der EU-27 in den vergangenen Jahren zurückgegangen. In 11 Staaten lag die Quote bereits 2011 unter der 10%-Marke.

Kernziel 4 Bildungsgrad erhöhen

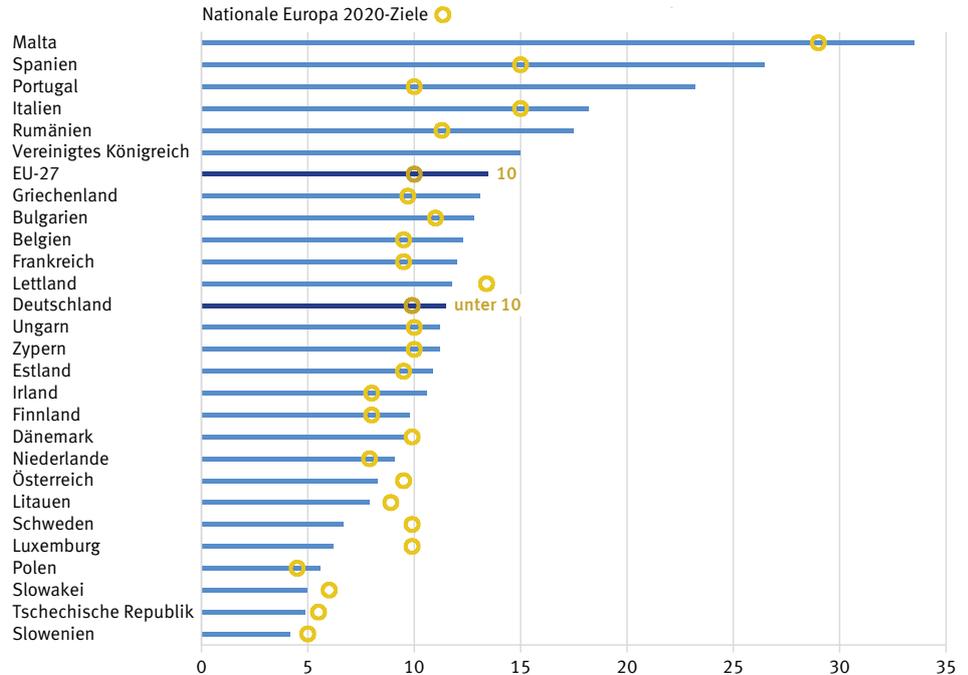


Anteil der frühen Schulabgänger senken



Frühe Schulabgänger 2011

Anteil der 18- bis 24-Jährigen in %



Einige Länder wie z. B. Lettland, Schweden und Luxemburg haben ihr nationales Europa 2020-Ziel bereits übererfüllt.

Tabellencode: t2020_40



Anteil der hoch Qualifizierten steigern

- Ausgangslage | In der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft steigt der Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften.
- Europa 2020-Ziel | Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss der ISCED-Stufen 5/6 verfügen, soll bis 2020 auf mindestens 40 % steigen. Für die einzelnen Mitgliedstaaten gelten individuelle Zielmarken.
- Nationales Europa 2020-Ziel | In Deutschland soll der Anteil der hoch qualifizierten 30- bis 34-Jährigen bis 2020 auf 42 % steigen. Zusätzlich zu den Tertiärabschlüssen der ISCED-Stufen 5/6 bezieht Deutschland aber auch postsekundare nicht-tertiäre Abschlüsse der ISCED-Stufe 4 ein.

- Indikator | ISCED steht für die „Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen“. Zur ISCED-Stufe 5/6 zählen in Deutschland Tertiärabschlüsse an Hochschulen und Fachhochschulen, an Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens.

Postsekundare nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) sind zwei Abschlüsse im Sekundarbereich II, die nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden.

Stand der Umsetzung in Deutschland

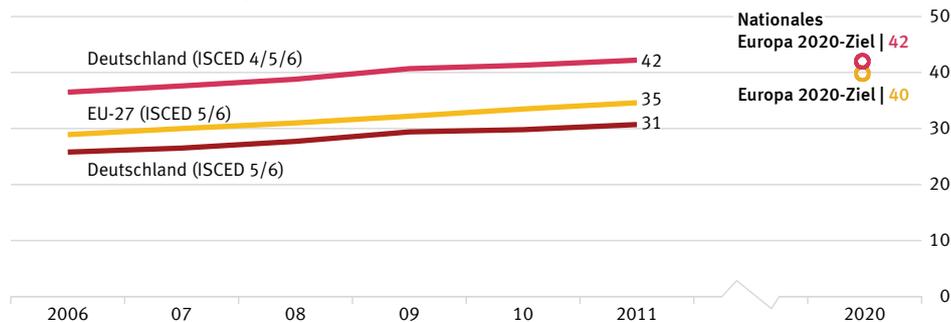
Die Bevölkerung in Deutschland ist so gut ausgebildet wie nie zuvor. Besaßen 2006 von den 30- bis 34-Jährigen 37 % einen Abschluss

der ISCED-Stufen 4 bis 6, waren es 2011 bereits 42 %. Vor allem Frauen erwerben immer häufiger höhere Abschlüsse: Zwischen 2006 und 2011 stieg der Anteil der hoch qualifizierten Frauen in der Altersklasse von 30 bis 34 Jahren von 36 % auf 44 %. Der Anteil der hoch qualifizierten Männer erhöhte sich in diesem Zeitraum etwas langsamer von 37 % auf 40 %.

Wählt man für Deutschland die enger gefasste internationale Abgrenzung des Indikators (Anteil der 30-bis 34-Jährigen mit tertiärem Abschluss der ISCED-Stufen 5/6), stieg der

Hoch Qualifizierte

Anteil der 30- bis 34-Jährigen in %



Tabellencode: t2020_41

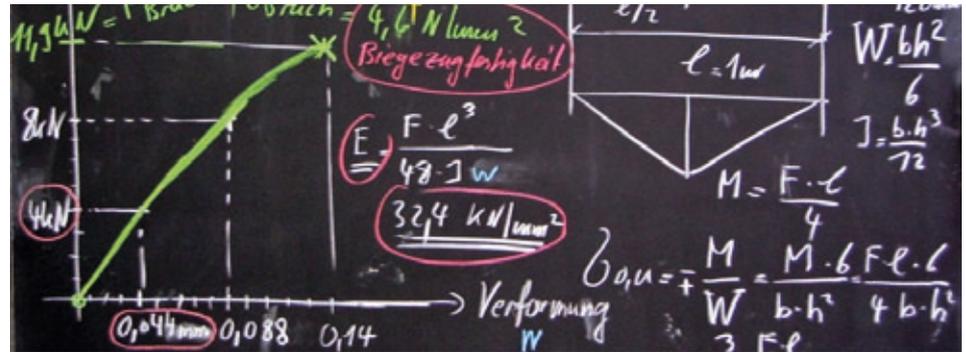
Kernziel 4 Bildungsgrad erhöhen



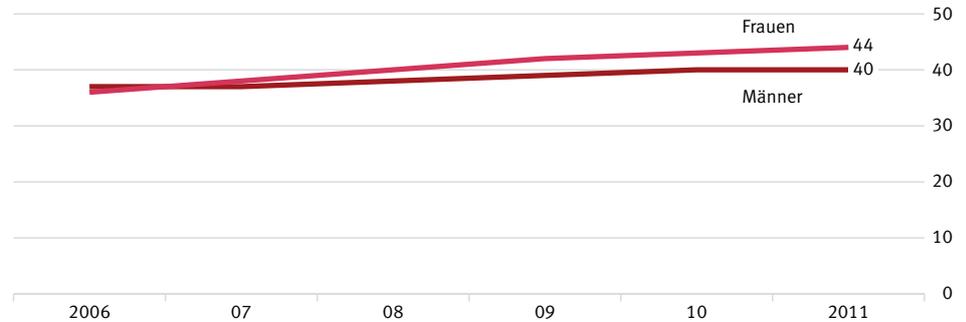
Anteil der hoch Qualifizierten steigern

Anteil der hoch Qualifizierten in Deutschland zwischen 2006 und 2011 von 26% auf 31%. Auch nach dieser Definition haben die Frauen die Männer bereits überholt.

■ **Fazit** | Der Anteil der hoch Qualifizierten ist in Deutschland in den vergangenen Jahren gestiegen. Nach der in Deutschland weiter gefassten Definition des Indikators, der Abschlüsse der ISCED-Stufen 4 bis 6 umfasst, ist die nationale Europa 2020-Zielmarke von 42% bereits erreicht. Nach der enger gefassten Definition, die nur Absolventen der ISCED-Stufen 5/6 berücksichtigt, liegt Deutschland mit einem Anteil von 31% hingegen unter dem EU-Durchschnitt und noch neun Prozentpunkte von der Europa 2020-Zielmarke von 40% entfernt.



Hoch Qualifizierte (Abschluss der ISCED-Stufen 4/5/6) in Deutschland
Anteil der 30- bis 34-Jährigen in %



Tabellencode: t2020_41

Anteil der hoch Qualifizierten steigern

■ Europa 2020-Ziel | Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss der ISCED-Stufen 5/6 verfügen, soll bis 2020 auf mindestens 40 % steigen. Für die einzelnen Mitgliedstaaten gelten individuelle Zielmarken.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

In fast allen EU-Staaten sind die 30- bis 34-jährigen mittlerweile besser ausgebildet als noch fünf Jahre zuvor. EU-weit stieg der Anteil der hoch Qualifizierten zwischen 2006 und 2011 um sechs Prozentpunkte.

Damit verfügten 2011 in der EU rund 35 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss der ISCED-Stufen 5/6.

Im Staatenvergleich zeigten sich jedoch große Unterschiede: So hatten 13 EU-Staaten die für 2020 angestrebte EU-weite Zielmarke von 40 % bereits 2011 erreicht oder überschritten.

Dazu zählten z. B. Luxemburg und Schweden mit einem Absolventenanteil von jeweils 48 % sowie Irland mit 49 %.

Am unteren Ende der Skala lagen 2011 Italien und Rumänien, wo nur jeder Fünfte zwischen 30 und 34 Jahren über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügte. Bis 2020 hat sich Italien eine Quote von 26 % zum Ziel gesetzt und bleibt damit selbst beim erfolgreichen Erfüllen dieses Ziels deutlich unter der Europa 2020-Zielmarke von 40 %. Auch Rumänien und sieben weitere Staaten streben nur eine Quote von unter 40 % hoch Qualifizierten an.

Deutschland lag 2011 nach der internationalen Definition (Abschlüsse der ISCED-Stufen 5/6) mit einer Quote von 31 % unter dem EU-Durchschnitt. Entsprechend der weiter gefassten nationalen Definition (ISCED-Stufen 4/5/6) erreichte Deutschland mit einem Absolventenanteil von 42 % einen Wert über dem EU-Durchschnitt. Dieser höhere Wert steht in Zusammenhang mit der international nicht gebräuchlichen Berücksichtigung postsekundärer nicht-tertiärer Abschlüsse der ISCED-Stufe 4. In vielen anderen Staaten gibt es vergleichbare Abschlüsse nicht.

In allen EU-Staaten außer Luxemburg war 2011 das Qualifikationsniveau unter Frauen deutlich höher als unter Männern: So verfügten im EU-Durchschnitt 39 % der 30- bis 34-jährigen Frauen, aber nur 31 % der gleichaltrigen Männer über einen Tertiärabschluss.

■ Fazit | In der EU gibt es einen Trend zur Höherqualifizierung: Ein immer höherer Anteil junger Menschen besitzt einen Abschluss im Tertiärbereich.

Kernziel 4 Bildungsgrad erhöhen

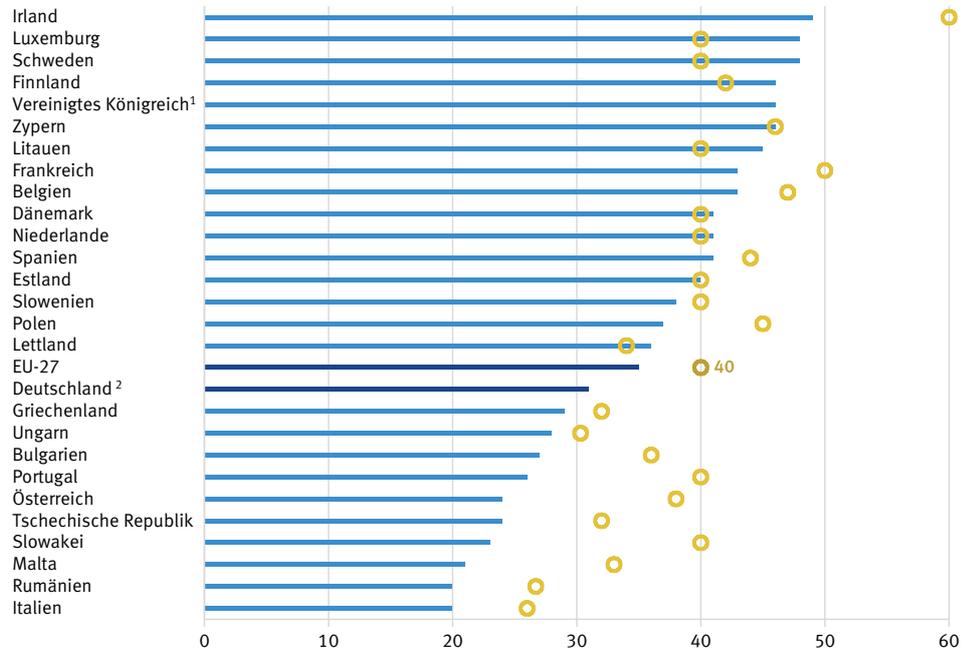


■ ■ ■ Anteil der hoch Qualifizierten steigern

Hoch Qualifizierte (ISCED-Stufen 5/6) 2011

Anteil der 30- bis 34-Jährigen in %

Nationale Europa 2020-Ziele



1 Kein nationales Europa 2020-Ziel für das Vereinigte Königreich.

2 Bei Berücksichtigung der Abschlüsse der ISCED-Stufen 4/5/6 gilt für Deutschland eine Zielmarke von 42 % bis 2020. Dieses Ziel wurde 2011 bereits erreicht.

Tabellencode: t2020_41



Zahl der Betroffenen senken

- Ausgangslage | Die Länder der Europäischen Union gehören zu den wohlhabenden Staaten der Erde. Dennoch gibt es auch hier Armut und soziale Ausgrenzung.
- Europa 2020-Ziel | Im Rahmen von Europa 2020 streben die EU-Staaten an, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen EU-weit bis 2020 um mindestens 20 Mill. gegenüber 2008 zu senken. Die Mitgliedstaaten haben dafür nationale Ziele unter Berücksichtigung der länderspezifischen Gegebenheiten festgelegt.
- Nationales Europa 2020-Ziel | Erwerbslosigkeit ist eine Hauptursache für Armut oder soziale Ausgrenzung. Deutschland will deshalb die Zahl der Langzeiterwerbslosen hierzulande bis 2020 um 20% gegenüber 2008 reduzieren.
- Indikator | Armut oder soziale Ausgrenzung sind nach EU-Definition gegeben, wenn auf eine Person mindestens eines der drei Kriterien zutrifft:

1. Armutsgefährdung, 2. erhebliche materielle Entbehrung, 3. Zugehörigkeit zu einem Erwerbslosenhaushalt.

Die Indikatoren werden auf den folgenden Seiten näher erläutert. Als langzeiterwerbslos gilt in der EU, wer bereits ein Jahr oder länger ohne Erwerb ist.

Stand der Umsetzung in Deutschland

Bei der Umsetzung des nationalen Ziels, die Zahl der Langzeiterwerbslosen zu senken, kann Deutschland Erfolge aufweisen: Aufgrund der positiven Beschäftigungsentwicklung verringerte sich die Zahl der 15- bis 74-jährigen Langzeiterwerbslosen zwischen 2008 und 2011 von 1,6 auf 1,2 Mill. Das entsprach einem Rückgang um 27 % bzw. mehr als 400 000 Personen. Die bis 2020 angestrebte Reduktion der Langzeiterwerbslosigkeit um 20% ist damit zum jetzigen Zeitpunkt erfüllt.

Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen ging in geringerem Maß zurück: Sie sank zwischen 2008 und 2011 um 271 000 Personen. Möglicherweise hat neben der günstigen konjunkturellen Entwicklung und der gestiegenen Dynamik am Arbeitsmarkt auch der Anstieg der Niedriglohnquote den deutlichen Rückgang der Langzeiterwerbslosigkeit begünstigt. Niedriglöhne reichen je nach Haushaltszusammensetzung jedoch nicht immer zur Deckung des Lebensunterhaltes aus.

Insgesamt waren 2011 in Deutschland rund 16,1 Mill. Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Das entsprach einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 19,9%. 2008 waren es noch 16,3 Mill. Menschen bzw. 20,1% der Bevölkerung.

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern

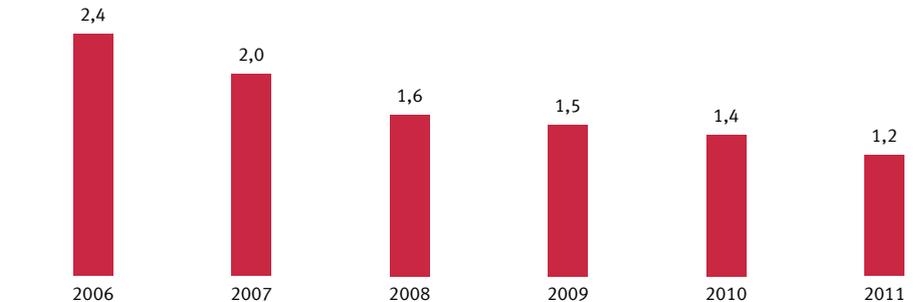


■ ■ ■ Zahl der Betroffenen senken

■ Fazit | Mit der Eindämmung der Langzeiterwerbslosigkeit soll das Ausmaß von Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland begrenzt werden. Deutschland hat sein nationales Europa 2020-Ziel, die Zahl der Langzeiterwerbslosen um ein Fünftel zu verringern, gegenwärtig erreicht. Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen ging aber in geringerem Ausmaß zurück als die Zahl der Langzeiterwerbslosen.



Zahl der 15- bis 74-jährigen Langzeiterwerbslosen in Deutschland in Mill.



Tabellencode: Ifsa_ugad

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern



Zahl der Betroffenen senken

■ Europa 2020-Ziel | Im Rahmen der Europa 2020-Strategie streben die EU-Staaten an, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen EU-weit bis 2020 um mindestens 20 Mill. gegenüber 2008 zu senken. Die Mitgliedstaaten haben dafür nationale Ziele unter Berücksichtigung der länderspezifischen Gegebenheiten festgelegt.

(15 %) sowie die Niederlande und Schweden (je 16 %). Auch Deutschland lag mit 20 % unter dem EU-Durchschnitt von 24 %.

Insgesamt ist es der EU in den vergangenen Jahren nicht gelungen, das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung zurückzudrängen. Im Gegenteil: Die Gesamtzahl der betroffenen EU-Bürger stieg zwischen 2008 und 2011 um 3 % von 115,7 Mill. auf 119,6 Mill.

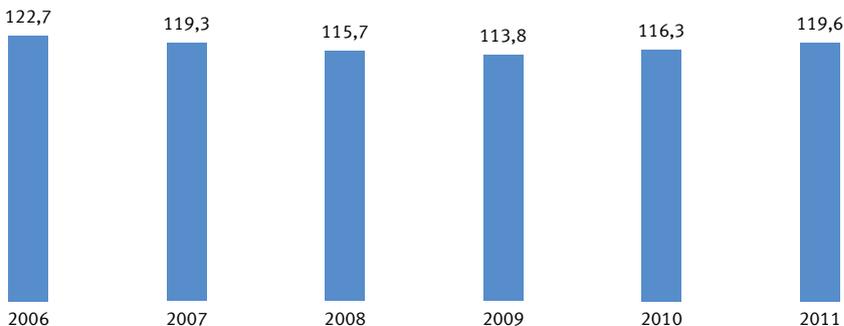
Dabei nahm die Zahl der Betroffenen in 21 EU-Staaten zu, in zehn davon sogar um mehr als zehn Prozent. Besonders verschlechtert hat sich die Situation zum Beispiel in Spanien, wo sich die Zahl der Betroffenen aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage zwischen 2008 und 2011 um 20 % bzw. rund zwei Mill. Menschen erhöhte. Ursprünglich hatte sich Spanien das Ziel gesetzt, die Zahl bis 2020 um bis zu 1,5 Mill. zu verringern.

Stand der Umsetzung in der Europäischen Union

Insgesamt traf 2011 auf 24 % der EU-Bevölkerung mindestens eines der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung“ zu.

Am stärksten verbreitet waren Armut und soziale Ausgrenzung im Süden und Osten der Europäischen Union. Die höchsten Quoten wiesen 2011 mit über 40 % Bulgarien, Lettland und Rumänien auf. Die niedrigsten Anteile verzeichneten die Tschechische Republik

Zahl der EU-Bürger, die von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind in Mill.



Tabellencode: t2020_50

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern

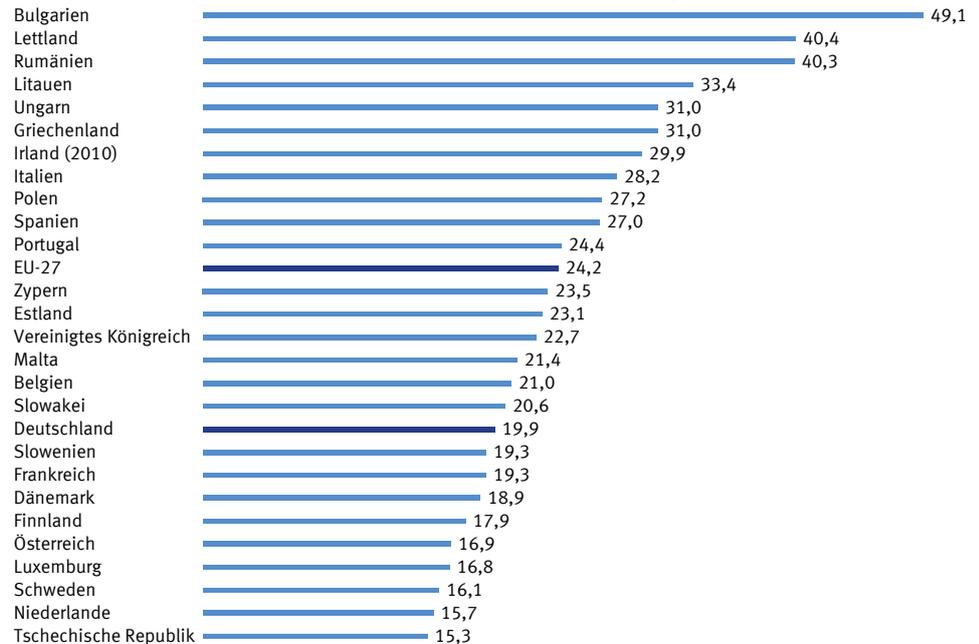


Zahl der Betroffenen senken

Nur in sechs EU-Staaten sank die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung Betroffenen zwischen 2008 und 2011. Am deutlichsten gelang das Polen (-11 %) sowie Rumänien und Österreich (jeweils -8 %). Deutschland verzeichnete einen Rückgang um 2 %.

Fazit | Das gemeinsame Europa 2020-Ziel, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen zwischen 2008 und 2020 um 20 Mill. zu senken, ist weit entfernt. Nur wenige Staaten konnten das Ausmaß bislang verringern. In den meisten Staaten sind hingegen mehr Personen betroffen als im Jahr 2008.

Anteil der Bevölkerung, der von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist 2011 in %



Tabellencode: t2020_50



Subindikator | Erwerbslosenhaushalte

■ Ausgangslage | Erwerbslose sind aufgrund des fehlenden Arbeitseinkommens häufiger von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht als Erwerbstätige. Auch die Angehörigen der Betroffenen leiden unter den Folgen des Arbeitsplatzverlustes. Mögliche Folgen können, neben dem fehlenden Geld, der soziale Rückzug oder Zukunftsängste sein, die sich auf die Angehörigen übertragen können.

■ Subindikator | Ein Erwerbslosenhaushalt bzw. ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung liegt vor, wenn die Erwachsenen im Haushalt im vorhergehenden Jahr zusammen weniger als 20 % ihrer maximal möglichen Erwerbszeit (die bei zwei Erwachsenen 24 Monate im Jahr beträgt) ausgeschöpft haben. Der Indikator berücksichtigt nur die Bevölkerung zwischen 0 und 59 Jahren.

Situation in Deutschland

In Deutschland lebten 2011 rund 6,6 Mill. Menschen zwischen 0 und 59 Jahren in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung. Das waren 11 % der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Unter den Betroffenen waren 1,2 Mill. Kinder unter 18 Jahren sowie 3,0 Mill. Frauen und 2,5 Mill. Männer zwischen 18 und 59 Jahren.

Gegenüber 2008 hat sich die Zahl der Menschen in Erwerbslosenhaushalten damit um rund 400 000 verringert: Damals lag die Zahl der Betroffenen bei etwa 7,0 Mill. bzw. einem Bevölkerungsanteil von 12 %. In dieser Entwicklung schlagen sich die Beschäftigungszuwächse nieder, die Deutschland in den vergangenen Jahren verzeichnen konnte.

■ Fazit | In Deutschland ist die Zahl der Erwachsenen und Kinder, die in Erwerbslosenhaushalten leben, seit 2008 zurückgegangen.

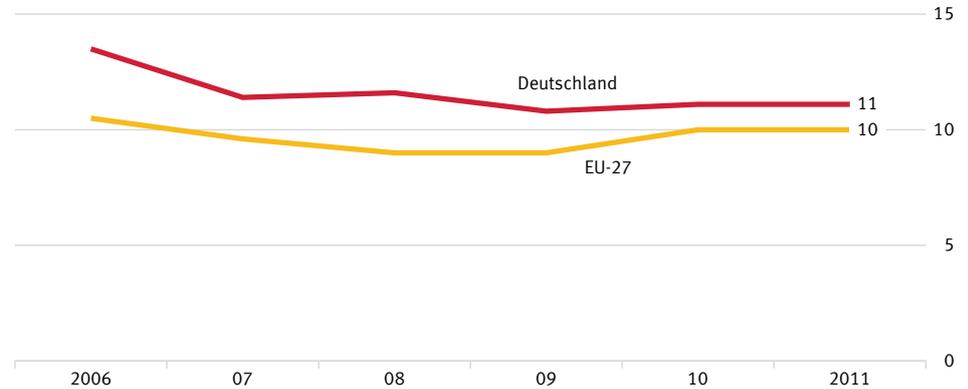
Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern



■ ■ ■ Subindikator | Erwerbslosenhaushalte



Anteil der Bevölkerung zwischen 0 und 59 Jahren, der in einem Erwerbslosenhaushalt lebt in %



Tabellencode: t2020_51



Subindikator | Erwerbslosenhaushalte

Situation in der Europäischen Union

Insgesamt lebten 2011 zehn Prozent aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger unter 60 Jahren in einem Haushalt, in dem die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr weniger als 20 % ihres Erwerbspotenzials ausgeschöpft hatten. Das entsprach 38,0 Mill. Menschen.

Gegenüber 2008 war das ein Zuwachs um 3,7 Mill. Personen: Damals lebten 9 % der EU-Bevölkerung bzw. 34,3 Mill. Menschen in einem Erwerbslosenhaushalt.

Nur in fünf EU-Staaten verringerte sich die Zahl der Betroffenen zwischen 2008 und 2011. Am deutlichsten gelang das in Rumänien, wo die Zahl der Menschen in Erwerbslosenhaushalten um 20 % von 1,4 auf 1,1 Mill. sank. Auch Polen

(-15 %), die Tschechische Republik (-9 %) und Deutschland (-6 %) konnten das Ausmaß senken.

In allen anderen EU-Staaten hat sich das Problem hingegen verschärft, da im Zuge der Wirtschaftskrise viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. So erhöhte sich in Spanien die Zahl der Menschen in Erwerbslosenhaushalten zwischen 2008 und 2011 um 99 % von rund 2,2 auf rund 4,4 Mill. In Litauen und Lettland stieg die Zahl der Betroffenen sogar um 132 % bzw. 118 %. Hohe Zuwachsraten verzeichneten auch Estland (+85 %) und Griechenland (+60 %).

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl waren in Irland die meisten Menschen betroffen: 23 % der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten hier 2010 in einem Erwerbslosenhaushalt. Deutschland lag 2011 mit 11 % im Mittelfeld, aber ebenfalls über dem EU-Durchschnitt von 10 %. Am geringsten waren die Quoten in Zypern (5 %) und Luxemburg (6 %).

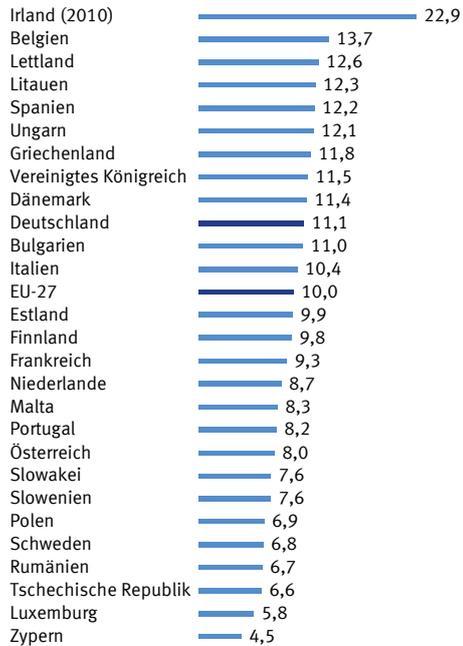
■ Fazit | In der EU ist die Zahl der Menschen in Erwerbslosenhaushalten gegenüber 2008 gestiegen, da in den meisten EU-Staaten Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern



■ ■ ■ Subindikator | Erwerbslosenhaushalte

**Anteil der Bevölkerung zwischen
0 und 59 Jahren, der in einem
Erwerbslosenhaushalt lebt 2011**
in %



Tabellencode: t2020_51





Subindikator | Armutsgefährdung

■ Ausgangslage | Ein entscheidender Aspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung ist die Geldknappheit, die zentrale Lebensbereiche wie Wohnen, Essen, Gesundheit, Bildung sowie Mobilität und Freizeitverhalten und damit auch die soziale Teilhabe stark einschränkt.

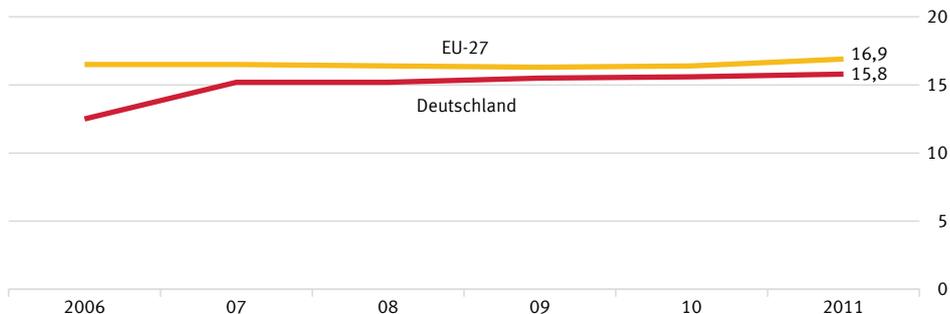
■ Subindikator | Als armutsgefährdet gilt, wer inklusive staatlicher Sozialleistungen mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Zur Berechnung wird das von allen im Haushalt lebenden Personen insgesamt erzielte Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres inklusive Sozialleistungen herangezogen. Die hier vorliegenden Daten für 2011 beziehen sich somit auf das Einkommen im Jahr 2010.

Situation in Deutschland

In Deutschland galten 2011 rund 12,8 Mill. Menschen als armutsgefährdet, sie verfügten also über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. Gegenüber 2008 ist das ein leichter Anstieg: Damals waren 12,4 Mill. Menschen betroffen. Die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung stieg damit von 15,2% auf 15,8%.

Zu den am stärksten Betroffenen hierzulande gehörten 2011 Alleinerziehende und ihre Kinder. Von ihnen galten 37,1% als armutsgefährdet. Auch von den allein lebenden Erwachsenen war etwa jede dritte Person (32,3%) betroffen. Bei Familien mit drei oder mehr Kindern lag der Anteil mit 16,2% ebenfalls höher als bei kinderlosen Haushalten zweier Erwachsener (10,8%) und bei zwei Erwachsenen mit einem Kind (9,8%).

Anteil der Bevölkerung, der inklusive sozialer Leistungen armutsgefährdet ist Personen mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung in %



Tabellencode: t2020_52

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern



■ ■ ■ Subindikator | Armutsgefährdung

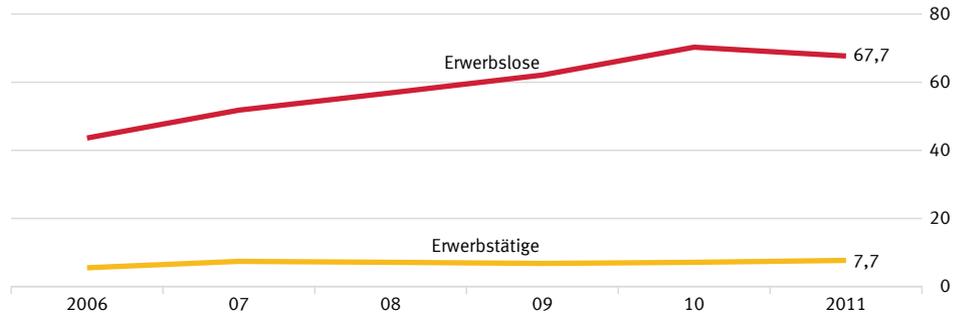
Am seltensten musste sich die klassische vierköpfige Familie Sorgen machen: Bei zwei Erwachsenen mit zwei Kindern lag die Armutsgefährdungsquote bei 8,7%. Die Daten zeigen somit auch, dass Kinder in Deutschland nicht zwangsläufig ein Armutsrisiko darstellen.

Hingegen ist die Gefahr, durch den Verlust des Arbeitsplatzes zu verarmen, in den vergangenen Jahren in Deutschland größer geworden. Galten 2008 bereits 56,9% aller 18- bis 64-jährigen Erwerbslosen als armutsgefährdet, waren es 2011 schon 67,7%.



■ Fazit | Trotz der guten wirtschaftlichen Lage ist die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Vor allem Erwerbslosigkeit birgt ein hohes Armutsrisiko.

Anteil der 18- bis 64-jährigen Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Deutschland, der inklusive sozialer Leistungen armutsgefährdet ist
in %



Tabellencode: ilc_li04



Subindikator | Armutsgefährdung

Situation in der Europäischen Union

In der EU ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die Zahl der armutsgefährdeten Menschen zu senken. Bei steigender Gesamtbevölkerung hat sich die EU-weite Armutsgefährdungsquote zwischen 2008 und 2011 zwar nur leicht um 0,5 Prozentpunkte erhöht. Die absolute Zahl der Betroffenen stieg jedoch von 80,7 auf 83,5 Mill.

Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote 2011 bei 16,9%. Besonders schwierig war die Lage in Bulgarien, Rumänien, Spanien, Griechenland und Litauen. In diesen fünf Staaten verfügte mindestens ein Fünftel der Bevölkerung über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung.

Am seltensten armutsgefährdet waren die Menschen hingegen in der Tschechischen Republik (9,8%) und den Niederlanden (11,0%). Die niedrige Armutsgefährdungsquote bedeutet dabei nicht, dass das Wohlstandsniveau des Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung deutlich weniger als das mittlere Einkommen der Gesamtbevölkerung zur Verfügung hat.

Deutschland ging es im EU-Vergleich relativ gut. Die Armutsgefährdungsquote von 15,8% lag unter dem EU-Durchschnitt. Bei der Gruppe der Erwerbslosen ergab sich jedoch ein ganz anderes Bild: 2011 galten hierzulande 67,7% der Erwerbslosen als armutsgefährdet. Das war der höchste Wert in der EU. In Dänemark und Irland, am anderen Ende der Skala, traf dies auf weniger als 30% der Erwerbslosen zu.

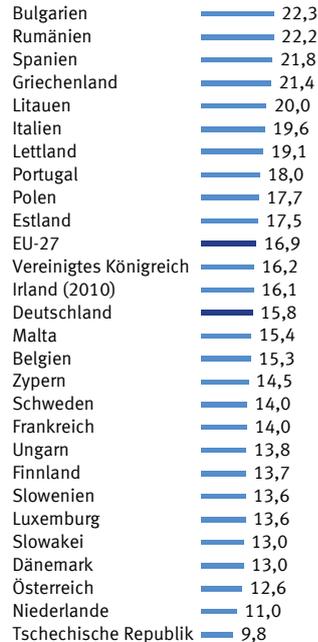
■ Fazit | In der EU geht es in der Regel nicht um existenzielle Armut wie in den Entwicklungsländern, sondern um eine relative Armut, die sich im Verhältnis zum mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung ausdrückt. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Personen, die mit verhältnismäßig wenig Geld auskommen müssen, in der EU weiter gestiegen.



■ ■ ■ Subindikator | Armutsgefährdung

Anteil der Bevölkerung, der inklusive sozialer Leistungen armutsgefährdet ist 2011

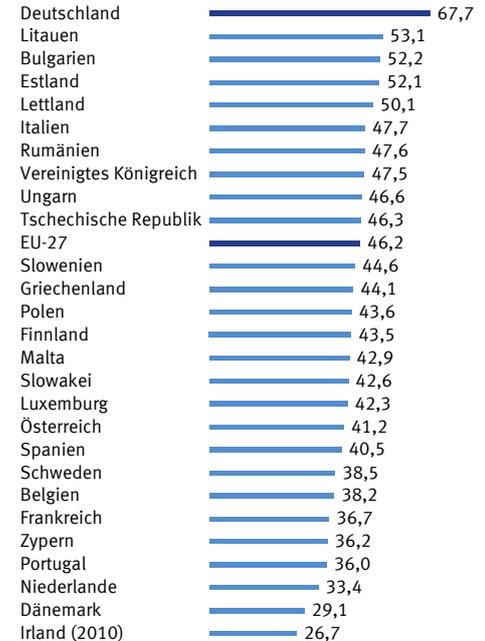
in %



Tabellencode: t2020_52

Anteil der 18- bis 64-jährigen Erwerbslosen, der inklusive sozialer Leistungen armutsgefährdet ist 2011

in %



Tabellencode: ilc_li04



Subindikator | Erhebliche materielle Entbehrung

■ Ausgangslage | Armut bemisst sich nicht nur am Einkommen, sondern auch daran, auf welchen Lebensstandard Menschen im Alltag aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Mittel verzichten müssen.

■ Subindikator | Erhebliche materielle Entbehrung liegt nach EU-Definition vor, wenn Menschen Schwierigkeiten haben, für mindestens vier der folgenden neun Ausgaben aufzukommen:

- Miete und Versorgungsleistungen
- angemessene Beheizung der Wohnung
- unerwartete größere Ausgaben (z. B. Reparaturen)
- jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr
- eine einwöchige Ferienreise an einen anderen Ort
- ein Auto
- eine Waschmaschine

- einen Farbfernseher
- ein Telefon

Es geht dabei nicht um einen freiwilligen Verzicht, sondern um einen erzwungenen Mangel aus finanziellen Gründen. Die befragten Haushalte schätzen selbst ein, inwieweit die neun genannten Kriterien auf ihren Haushalt zutreffen.

Situation in Deutschland

In Deutschland waren 2011 rund 5 % der Bevölkerung von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, hatten also Schwierigkeiten, laufende Rechnungen und andere wichtige Ausgaben zu decken. Das waren rund 4,3 Mill. Menschen. Gegenüber 2008 hat sich der Anteil bzw. die Zahl der Betroffenen leicht verringert.

Vor allem Erwerbslosen fällt es schwer, im Alltag für notwendige Ausgaben aufzukommen. Ein Blick auf die Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen zeigt, dass 2011 von den Erwerbstätigen 3%, von den Erwerbslosen hingegen 30% von materieller Entbehrung betroffen

waren. Überdurchschnittlich hoch waren die Anteile auch bei Personen in Alleinerziehenden-Haushalten (17%) sowie Einpersonenhaushalten (12%).

Auf Waschmaschine, Fernseher oder Telefon muss dabei in Deutschland faktisch niemand verzichten. Bei größeren Ausgaben, z. B. für Anschaffungen, sah das anders aus: Rund 70% der Personen, die in Alleinerziehenden-Haushalten lebten, mussten aus finanziellen Gründen auf größere unerwartete Anschaffungen verzichten. Von den Alleinlebenden sahen sich 48% nicht in der Lage dazu.

Die angespannte Finanzlage vieler Haushalte in Deutschland macht sich auch bei der Urlaubsplanung bemerkbar. 49% der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten gaben 2011 an, keine einwöchige Ferienreise im Jahr finanzieren zu können. Auch von den Alleinlebenden konnten sich das 32% nicht leisten.

Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern

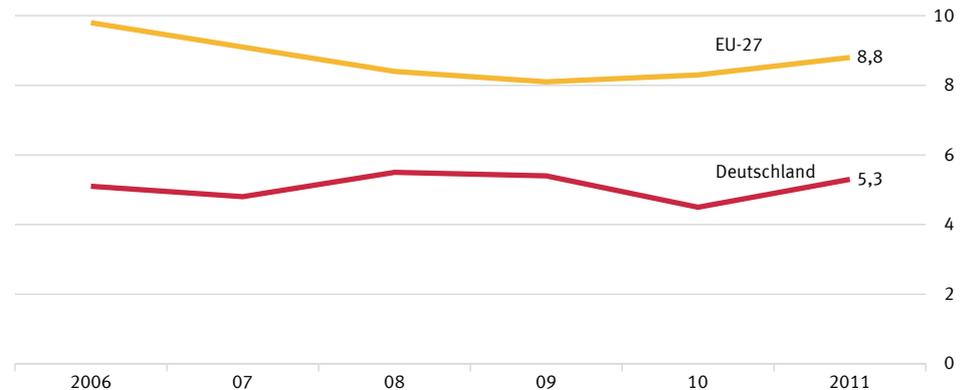


■ ■ ■ Subindikator | Erhebliche materielle Entbehrung

■ **Fazit** | Der Bevölkerung in Deutschland geht es aus materieller Sicht vergleichsweise gut: Auf die ganz existenziellen Dinge muss hierzulande so gut wie niemand verzichten. Doch es gibt eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen, die große Schwierigkeiten haben, für wichtige Ausgaben wie Miete oder Nebenkosten aufzukommen, das Auto abzuzahlen oder eine kurze Ferienerreise zu machen. Im Vergleich zu 2008 ist die Zahl der Betroffenen zwar leicht gesunken, eine klare Abwärtsentwicklung lässt sich jedoch nicht erkennen.



Anteil der Bevölkerung, der von erheblicher materieller Entbehrung betroffen ist
in %



Tabellencode: t2020_53

Subindikator | Erhebliche materielle Entbehrung

Situation in der Europäischen Union

Die Lebensbedingungen und das Wohlstandsniveau in den 27 EU-Staaten haben sich rund 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems angenähert. Die Diskrepanz zwischen Nord- und Westeuropa auf der einen Seite und Ost- und Südeuropa auf der anderen Seite ist jedoch nach wie vor deutlich.

Am häufigsten hatten die Menschen 2011 in Bulgarien und Lettland Schwierigkeiten, wichtige Ausgaben zu tätigen (44 % bzw. 31 % der Bevölkerung). Auf viele Dinge verzichten musste auch ein großer Anteil der Einwohner in Rumänien (29 %) und Ungarn (23 %).

In Luxemburg und Schweden lag der Anteil der materiell Deprivierten hingegen nur bei rund

einem Prozent. In Deutschland litten 2011 rund 5 % der Bevölkerung unter erheblicher materieller Entbehrung. Im EU-Durchschnitt waren es 9 %. Haushalte mit nur einem Einkommen waren dabei überdurchschnittlich betroffen: EU-weit litten 18 % der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten und 12 % der Alleinlebenden unter materieller Entbehrung.

Dabei müssen immer mehr EU-Bürger auf wichtige Alltagsdinge notgedrungen verzichten: EU-weit stieg die Zahl der betroffenen Menschen zwischen 2008 und 2011 von 41,4 auf 43,5 Mill. Menschen.

In elf Staaten sank die Zahl der von materieller Entbehrung betroffenen Menschen in diesem Zeitraum. Am deutlichsten gelang dies Österreich (-38 %) und Polen (-27 %). In 16 Staaten nahm die Zahl hingegen zu, wenn auch von stark unterschiedlichem Niveau ausgehend. Hohe Zuwachsraten verzeichneten unter anderem die Niederlande (+62 %) und Spanien (+55 %).

■ Fazit | Die Zahl der EU-Bürger, die sich im Alltag erheblich materiell einschränken müssen, hat sich zwischen 2008 und 2011 insgesamt erhöht. Der Anteil der Betroffenen ist aber von Staat zu Staat sehr unterschiedlich.

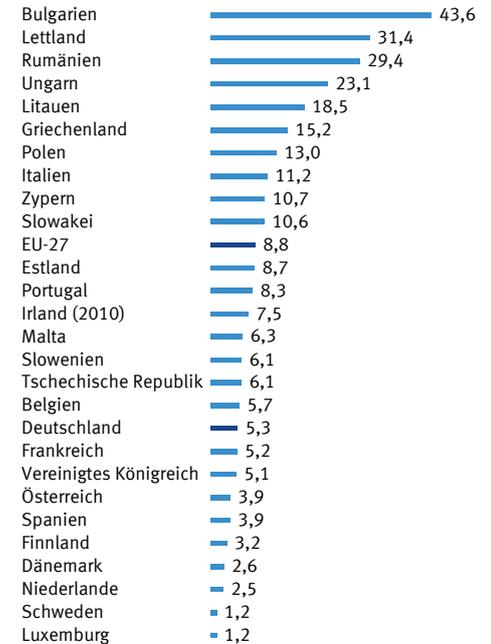
Kernziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern



■ ■ ■ Subindikator | Erhebliche materielle Entbehrung



Anteil der Bevölkerung, der von erheblicher materieller Entbehrung betroffen ist 2011 in %



Tabellencode: t2020_53



Indikator	Einheit	Jahr						Nationales Europa 2020-Ziel
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2020
Ziel 1 Beschäftigung fördern								
Erwerbstätigenquote	% der 20- bis 64-jährigen	71,1	72,9	74,0	74,2	74,9	76,3	77,00
Ziel 2 Forschungsbedingungen verbessern								
Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung	% des BIP	2,54	2,53	2,69	2,82	2,80	2,84	3,00
Ziel 3 Umwelt schonen								
Emissionen von Treibhausgasen	Index 1990 = 100	80	78	78	73	75	.	.
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch	%	5,5	7,1	7,3	8,0	10,7	12,3	18,0
Primärenergieverbrauch	Mill. Tonnen Rohöleinheiten	317,7	308,9	313,4	298,8	306,4	.	.
Ziel 4 Bildungsgrad erhöhen								
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	% der 18- bis 24-jährigen	13,7	12,5	11,8	11,1	11,9	11,5	< 10,0
Tertiärer Bildungsabschluss (ISCED 5/6)	% der 30- bis 34-jährigen	25,8	26,5	27,7	29,4	29,8	30,7	.
Ziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern								
Von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht 1 ...	Mill. Personen	16,4	16,8	16,3	16,2	16,0	16,1	.
Subindikator Erwerbslosenhaushalt	Mill. Personen	8,2	7,0	7,0	6,5	6,7	6,6	.
Subindikator Armutsgefährdung nach Sozialtransfers	Mill. Personen	10,2	12,4	12,4	12,6	12,6	12,8	.
Subindikator Erhebliche materielle Entbehrung	Mill. Personen	4,1	3,9	4,4	4,4	3,7	4,3	.

1 Armut oder soziale Ausgrenzung sind gegeben, wenn auf eine Person mindestens eins der drei Kriterien „Armutsgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Zugehörigkeit zu einem Erwerbslosenhaushalt“ zutrifft. Alle Personen werden aber nur einmal gezählt, auch wenn mehrere Subindikatoren zutreffen.



Indikator	Einheit	Jahr						Europa 2020-Ziel
		2006	2007	2008	2009	2010	2011	2020
Ziel 1 Beschäftigung fördern								
Erwerbstätigenquote	% der 20- bis 64-Jährigen	69,0	69,9	70,3	69,0	68,6	68,6	75,0
Ziel 2 Forschungsbedingungen verbessern								
Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung	% des BIP	1,85	1,85	1,92	2,02	2,01	2,03	3,00
Ziel 3 Umwelt schonen								
Emissionen von Treibhausgasen	Index 1990 = 100	92	91	89	83	85	.	80
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch	%	8,5	9,1	9,6	10,6	12,1	13,0	20,0
Primärenergieverbrauch	Mrd. Tonnen Rohöleinheiten	1,71	1,69	1,68	1,60	1,65	.	1,47
Ziel 4 Bildungsgrad erhöhen								
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	% der 18- bis 24-Jährigen	15,5	15,1	14,9	14,4	14,1	13,5	10,0
Tertiärer Bildungsabschluss (ISCED 5/6)	% der 30- bis 34-Jährigen	28,9	30,0	31,0	32,2	33,5	34,6	40,0
Ziel 5 Armut und soziale Ausgrenzung verringern								
Von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung bedroht ¹ ...	Mill. Personen	122,7	119,3	115,7	113,8	116,3	119,6	-20,0 ²
Subindikator Erwerbslosenhaushalt	Mill. Personen	39,8	36,7	34,3	34,2	37,9	38,0	.
Subindikator Armutsgefährdung nach Sozialtransfers	Mill. Personen	80,2	80,6	80,7	80,2	80,7	83,5	.
Subindikator Erhebliche materielle Entbehrung	Mill. Personen	47,9	44,4	41,4	39,8	40,9	43,5	.

¹ Armut oder soziale Ausgrenzung sind gegeben, wenn auf eine Person mindestens eins der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Zugehörigkeit zu einem Erwerbslosenhaushalt“ zutrifft. Alle Personen werden aber nur einmal gezählt, auch wenn mehrere Subindikatoren zutreffen.

² Im Vergleich zum Jahr 2008

Armut oder soziale Ausgrenzung | Armut oder soziale Ausgrenzung sind nach EU-Definition gegeben, wenn auf eine Person mindestens eins der drei Kriterien „Armutgefährdung“, „erhebliche materielle Entbehrung“ oder „Zugehörigkeit zu einem Erwerbslosenhaushalt“ zutrifft.

Armutgefährdungsquote | Als armutsgefährdet gilt, wer inklusive staatlicher Sozialleistungen mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen muss. Zur Berechnung wird das von allen im Haushalt lebenden Personen insgesamt erzielte Haushaltsnettoeinkommen des Vorjahres inklusive Sozialleistungen herangezogen.

Bruttoendenergieverbrauch | Umfasst die gesamte Energie, die an die Endverbraucher (Industrie, Verkehr, Haushalte, Dienstleistungen usw.) geliefert wird. Nicht eingerechnet sind der Eigenverbrauch der Energieerzeuger sowie Umwandlungs- und Netzverluste.

Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung | Umfassen die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Hochschulen.

Energieeffizienz | Die Energieeffizienz wird anhand des Primärenergieverbrauchs in Rohöleinheiten (RÖE) gemessen. Rohöleinheit ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 kg RÖE = 11,63 Wattstunden (siehe auch Primärenergieverbrauch).

Erneuerbare Energien | Sammelbegriff für die natürlichen Energievorkommen, die entweder auf permanent vorhandene oder auf sich in überschaubaren Zeiträumen von wenigen Generationen regenerierende Energieströme zurückzuführen sind. Dazu zählen Solar- und Windenergie, Wasserkraft, Energie aus Biomasse, Geothermie und Umgebungswärme.

Erwerbslosenhaushalt | Ein Erwerbslosenhaushalt bzw. ein Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung ist gegeben, wenn die Erwachsenen im Haushalt im vorhergehenden Jahr zusammen weniger als 20% ihrer maximal möglichen Erwerbszeit (die bei zwei Erwachsenen 24 Monate/Jahr beträgt) ausgeschöpft haben. Der Indikator berücksichtigt die Bevölkerung zwischen 0 und 59 Jahren.

Erwerbstätigenquote | Die Quote gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung einer Beschäftigung nachgeht. Als erwerbstätig gilt, wer

nach eigener Auskunft in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung bzw. als Selbstständiger gearbeitet hat oder nur vorübergehend vom Arbeitsplatz abwesend war, zum Beispiel wegen Krankheit, Urlaub oder Elternzeit.

Europa 2020 | Die auf 2020 ausgerichtete politische Strategie der Europäischen Union. Ziel ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum. Definiert wurden fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie, deren Umsetzung anhand von acht statistischen Leitindikatoren und drei Subindikatoren gemessen wird.

Frühe Schulabgänger | Alle 18- bis 24-Jährigen, die höchstens die Haupt- bzw. Realschule (Sekundarstufe I) erfolgreich beendet haben, anschließend aber keinen weiteren Abschluss erlangt haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden.

Hoch qualifizierte Person | Als hoch qualifiziert gilt nach internationaler Definition, wer über einen tertiären Bildungsabschluss der ISCED-Stufen 5 oder 6 verfügt. In Deutschland werden unter bestimmten Umständen auch

postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse der ISCED-Stufe 4 berücksichtigt.

ISCED | „Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen“. ISCED-Stufe 5/6 steht in Deutschland für Tertiärabschlüsse an Hochschulen und Fachhochschulen, an Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) sind zwei Abschlüsse im Sekundarbereich II, die nacheinander oder gleichzeitig erworben werden.

Langzeiterwerbslosigkeit | Als langzeiterwerbslos gilt in der EU, wer bereits ein Jahr oder länger ohne Erwerb ist.

Materielle Entbehrung | Diese liegt nach EU-Definition vor, wenn Menschen nach eigener Aussage Schwierigkeiten haben, für mindestens vier der folgenden neun Ausgaben aufzukommen:

- Miete und Versorgungsleistungen,
- angemessene Beheizung der Wohnung,
- unerwartete größere Ausgaben (z. B. Reparaturen),

- jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr,
- eine einwöchige Ferienreise an einen anderen Ort,
- ein Auto,
- eine Waschmaschine,
- einen Farbfernseher,
- ein Telefon.

Es geht dabei nicht um einen freiwilligen Verzicht, sondern um einen erzwungenen Mangel aus finanziellen Gründen.

Primärenergieverbrauch | Dieser umfasst die Energiemenge der Endverbraucher (Wirtschaft, Verkehr, Haushalte usw.), den Eigenverbrauch der Energieerzeuger sowie Netz- und Umwandlungsverluste (siehe auch Energieeffizienz).

Treibhausgase | Dazu zählen Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und andere klimawirksame Stoffe. Treibhausgase besitzen zum Teil sehr unterschiedliche Erwärmungspotenziale. Um sie aufzusummieren, werden sie auf die Klimawirksamkeit von CO₂ normiert.

Die Treibhauspotenziale anderer Stoffe bemessen sich dann relativ zu CO₂ in CO₂-Äquivalenten.

Datenquelle

Sofern nicht anders ausgewiesen stammen alle Daten für Deutschland und die anderen EU-Staaten von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union.

Der Band enthält Eurostat-Daten mit Stand Februar 2013. Ausnahmen bilden die Daten zu den Themen Arbeitsmarkt und erneuerbare Energien, die dem Stand April 2013 entsprechen. Durch Datenrevisionen können nachträglich Abweichungen auftreten. Unter jeder Abbildung ist ein Tabellencode vermerkt. Durch Eingabe des Tabellencodes im Suchfenster der Eurostat Datenbank ist ein Direktzugang zur Datenquelle mit den aktuellen Angaben möglich: ec.europa.eu/eurostat

Den aktuellen Stand der Europa 2020-Indikatoren finden Sie in übersichtlicher Form auch auf der Europa 2020-Themenseite von Eurostat:

ec.europa.eu/eurostat
(Themenseite Europa 2020).

Für Fragen zur Methodik oder Verfügbarkeit von EU-Statistiken steht der EDS Europäische Datenservice, eine Servicestelle des Statistischen Bundesamtes, zur Verfügung:

www.destatis.de/kontakt

Mehr Informationen über die politische Strategie „Europa 2020“ finden Sie auf der Webseite der Europäischen Kommission:

ec.europa.eu/europe2020



www.eds-destatis.de

EDS Europäischer Datenservice

+49 (0) 30 / 18 644 94 27

Schriftliche Anfragen: www.destatis.de/kontakt

Weitere Veröffentlichungen zum Download oder Bestellen unter
www.destatis.de/publikationen